Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 266.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 16. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung.

Berlin, 15. April. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes von Kameke, v. Verdy u. A.

Auf der Tages-Ordnung steht die dritte Berathung der Novelle zum Reichs-Militärgesetz.

Unter großer Unruhe des Hauses und im Verlaufe seines Vortrags zweimal vom Präsidenten an den Gegenstand der Berathung erinnert, erklärt zunächst Abg. Magdzinski als Vertreter von fast 3 Millionen Polen sich verpflichtet, ihre Stellung zur Vorlage zu kennzeichnen. Um die zugemuthete, in das Gewerbsleben tief eingreifende Erhöhung der Militärlast willig anzunehmen, fehlt den Polen begreiflicherweise die Triebfeder des deutschen Patriotismus. Was die politische Bedeutung der Vorlage betrifft, so wird sie vielleicht in nicht zu ferner Zukunft auch auf die Geschichte seines Vaterlandes von entscheidendem Einfluß nicht nur sein können, sondern auch müssen. Die Dislokation der russischen Truppen und die Befestigungen Rußlands gegen die deutsch-österreichische Grenze weisen auf den Eintritt einer Kriegsperiode hin, in welcher Polen der Kriegsschauplatz zweier mächtiger Heere zum Zwecke der Vertheidigung und der Eroberung wird. Der Redner will dem Gespenst des Panslavismus als Pole näher treten und wirft der deutschen Presse vor, daß sie keinen Unterschied zwischen Panslavismus und Slaventhum kennt, wodurch ihr die richtige Einsicht in die politischen Verhältnisse des Slaventhums versperrt wird. Jener verfolgt das despotisch zentralisirte, dieser ist der Träger des liberalen und föderativen Prinzips. Dieser Gegensatz ist der Ausdruck zweier verschiedener Zivilisationen, der morgenländischen und der abendländischen, nicht das Produkt einer politischen Meinungsverschiedenheit, sondern in den Jahrhunderten wurzelnd, auf den Racenunterschied zurückzuführen und geographisch abgegrenzt: das schismatische Rußland und das katholische Polen, in der Mitte die Union, welche, durch Polen unterstützt, auch einen Einfluß auf die slavischen Stämme übte. Der Panslavismus ist jeder Individualisirung des Eigenthums und der Personen abhold und daher in diametralem Gegensatz zur westeuropäischen Zivilisation. Dagegen theilte sich den der abendländischen Kirche angehörigen Slavenstämmen auch abendländische Bildung mit, und die polnische und böhmische Geschichte weist in großartigen Zügen einen frühzeitigen Aufschwung für abendländische Zivilisation unter den Slaven nach. Polen, von Neuem gemordet, aus tausend Wunden blutend und in den Staub getreten, wird als todtes Material behandelt. Dieses Beispiel des abendländischen Eigennutzes schreckt die in der Schwebe stehenden slavischen Stämme ab und spricht dem Panslavismus das Wort, zu dem selbst die Czechen inkliniren. Nur Polen steht ihm noch gegenüber und der alte Antagonismus hat neue Nahrung gefunden; denn ein Meer von Blut und Thränen trennt es von Rußland. Die Russen wissen sehr wohl, welche geistige und politische Gegner sie an den Polen haben und sie arbeiten hastig an ihrer gänzlichen Vernichtung, um sie dem Panslavismus assimilirbar zu machen. Will Europa ihm Schranken setzen, so bedarf es dazu nicht der Gewalt, nicht Pulver und Blei, sondern es erkenne Polen an und bekämpfe den Gegner mit den Waffen der Bildung und Freiheit. Begreift es ihn nicht, geht Deutschland nicht uneigennützig zu Werk, so treibt es alle slavischen Stämme dem Gegner in die Arme und macht den Kampf mit ihm blutiger und verhängnißvoller in seinen Rückschlägen. Die russische Presse plaidirt für Aussöhnung mit den Polen: wie stellt sich Deutschland zu dieser Frage, um sie in seinem Interesse zu lösen? Polen ist die Axe, um welche sich die Lebensverhältnisse von Europa drehen, sein Volksstamm, geistig und sogar numerisch den ersten Rang unter den Slaven einnehmend, ist berufen, das Panier des Slaventhums in die Hand zu nehmen, der Kondukteur westeuropäischer Bildung nach Osten hin zu werden, das Slaventhum mit anderen Völkern auszusöhnen und der Edelstein der politischen Umgestaltung Europas zu werden. Die Staatsraison hat alle Begriffe verdunkelt. Ein Aufsatz in den „Preußischen Jahrbüchern" läßt sogar die Besorgniß aufkommen, daß eine neue Annexion und das tragische Beispiel einer neuen Theilung Polens geplant und wiederholt wird. Ich und meine Freunde werden gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Dernburg: Es kann sich in diesem Stadium der Verhandlungen für die Redner hauptsächlich wohl nur noch darum handeln, subjektiv die Gründe für ihre Stellungnahme darzulegen. Es handelt sich hier um eine doppelte Frage: einmal, sollen wir eine erhöhte Präsenzstärke und sollen wir sie auf längere Dauer bewilligen? Die technischen Gesichtspunkte sind zur Genüge diskutirt, wohl aber wird an Jeden die Frage herantreten, wie er sich die Verhältnisse im Allgemeinen denkt, indem er sein Votum in einer so wichtigen Sache abgiebt. Freilich sind wir von der Autorität, von welcher wir Belehrung über den allgemeinen Zustand erwartet hatten, bei dieser Berathung nicht berücksichtigt worden und deshalb in dieser Beziehung auf unsere eignen und dilettantischen Auffassungen angewiesen. Der Abg. Richter hat sich die Sache außerordentlich leicht gemacht. In seiner Rede bei der zweiten Verhandlung hat er den europäischen Horizont kritisch gesichtet und gefunden, daß er sich zwischen der ersten und der zweiten Lesung gründlich aufgeklärt habe. Das festzustellen würde sehr schwer sein. Aber wir haben unsern Standpunkt nicht darnach einzunehmen, wie im Augenblick die Dinge liegen. Der Zustand der auswärtigen Beziehungen hat sich ganz außerordentlich verändert und ich bekenne, im höchsten Grade über die Bemerkungen des Vorredners in Betreff des gegenwärtigen politischen Zustandes und über die hochfliegenden Pläne, welche er daran knüpft, erstaunt zu sein. Polen ist für ihn die Axe der europäischen Politik; das scheint mir ein Zustand der Selbsttäuschung zu sein, aus welchem ich für die Herren keinen guten Ausweg finden kann. Allerdings hat sich im Osten ein Ereigniß vollzogen, das sich nicht heute und morgen vollendet, sondern in den nächsten 20 Jahren immer größere Dimensionen annehmen wird, nämlich das Aufstreben des russischen Volkes und sein überraschendes Hinaustreten in die europäische Politik. Dazu kommt noch, was durch die in dankenswerther Weise von den Häuptern der Nationen gewechselten Telegramme sich nicht hinwegwischen läßt, ein immer stärker hervortretender Haß der Nationen namentlich Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland; ich muß mich aber dagegen verwahren, daß der Haß von deutscher Seite getheilt wird. Der Reichskanzler hat hier seiner Zeit einmal erklärt, Deutschland werde am allerletzten von den orientalischen Angelegenheiten berührt; ich weiß nicht, ob er heute vor dem Reichstage dies Wort wiederholen würde. Unsere Stellung zu Oesterreich kennt im Augenblick Niemand genau, aber die Besetzung von Bosnien, die doch eine Frontveränderung in der europäischen Politik beweist, ist doch wohl nicht ohne deutsche Einmischung geschehen. In der politischen Lage Europas liegen Konsequenzen, welche eine stärkere Kraftentwickelung Deutschlands erfordern. In England, dessen konservative Staatskunst eine Politik eingeschlagen hatte, die mit der von Deutschland und Oesterreich im Zusammenhang verfolgten parallel ging, hat sich eine Wandlung wenigstens schon in den Personen zu erkennen gegeben. Ob sie sich auch durch Thatsachen zeigen wird, kann im Augenblick Niemand beurtheilen, allein verbessern wird sich die Lage nicht. Die Persönlichkeit, welche mit außerordentlicher Kraft und Beredtsamkeit jetzt England herübergerissen hat, mahnt an die sehr gefährliche Art theologisirender Politiker oder politisirender Theologen, die wir in Deutschland kennen zu lernen Gelegenheit hatten. Die Lasten sind sehr groß und drückend, weniger wegen der hohen Präsenzziffer, als wegen der Länge der Dienstzeit; gleichwohl ist man gezwungen, der Erhöhung der Präsenzziffer zuzustimmen, wenn man die Frage, ob der Klage der deutschen Bevölkerung jetzt abzuhelfen ist, nicht absolut verneinen kann. Auch meine Nachbarn auf der linken Seite haben sich, wenn ich nicht irre, einer ähnlichen Betrachtung nicht entzogen; gegen die Erhöhung der Präsenzziffer ist auch von dieser Seite eine Einwendung nicht erhoben. (Widerspruch links.) Wenn ich irre, so hat mich der Abg. Richter am meisten dazu veranlaßt. Der Hauptstreit erhebt sich über die Frage der Dauer, die für mich nur eine Frage der Zweckmäßigkeit ist und nicht eine Frage des politischen Prinzips. Ich sehe in der Festlegung auf sieben Jahre nur ein Provisorium, an das sich ein anderes Provisorium anschließt. Wenn man sich aber praktisch die Frage vorlegte: wie kann eine Majorität in diesem Hause komponirt werden für eine geringere Zahl von Jahren, was man ja nach gewissen Gesichtspunkten sehr gut vorziehen könnte, so wird man immer wieder darauf gestoßen, daß man Hand in Hand mit einer Partei, die schon den erhöhten Präsenzstand ablehnt und sich der ganzen Vorlage gegnerisch entgegenstellt, diese Proposition machen soll. Das ist aber ein Boden, so unsicher, so wenig versprechend, als der Boden, auf den sich jene Partei begeben hat, als sie die Zollsätze acceptirte. Die Ordnung der Militärangelegenheiten möchte ich der öffentlichen Diskussion nicht entzogen wissen; ich halte es für nützlich, wenn sich die Bevölkerung mit dieser Angelegenheit beschäftigt, da sie doch mit Gut und Blut, mit Leib und Seele einstehen muß. Wohl aber halte ich es nicht für nothwendig, in dieser Beziehung auch in den nächsten Jahren fortwährend Beschlüsse zu provoziren. Der Reichstag ist durchaus nicht schwächer, wenn er das Militärbudget nicht jährlich erledigt.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Meiner persönlichen Ansicht nach wäre es am besten, wenn man dem Militär-Etat die Einrichtung gäbe, daß bei festgestellter Dienstzeit und Präsenzstärke der Militärverwaltung eine bestimmte, der Leistungsfähigkeit des Landes angemessene Summe zur Disposition gestellt würde. Dabei würde die Verwaltung selbst die größte Sparsamkeit anzuwenden genöthigt sein und wir wären von der Nothwendigkeit befreit, in Details einzutreten, denen wir nicht gewachsen sind. Die Wehrhaftigkeit des Landes ist eine ernste und wichtige Sache, die jedem Patrioten am Herzen liegt; ich habe diese Frage ernster geprüft, als jede andere, weil ich mir auch bewußt gewesen bin, daß man bei der Entscheidung derselben der Mißdeutung nach einer oder der anderen Seite allzuleicht ausgesetzt ist; wir im Zentrum vornehmlich. Auf die Zahlenfrage der Kriegsstärke unserer Nachbarn will ich nicht eingehen; ich halte mich dabei an die von der Regierung mitgetheilten Zahlen und komme zu dem Schluß, daß wir trotz der beantragten Verstärkung an Kriegsstärke Frankreich nicht erreichen und noch weniger Rußland. Da scheint mir doch die Ansicht des Abg. Lieber richtiger, daß wir uns lieber auf eine gute Allianz stützen sollen, als fort und fort unser Militär vermehren. Ich muß mir dabei die Frage vorlegen, ob denn ein Koalitionskrieg Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland in Aussicht zu nehmen ist. Die Rede des Abg. Dernburg war in dieser Beziehung nicht sehr ausgiebig; er hat von theologisirenden Politikern oder politisirenden Theologen gesprochen. Nach seinen Angriffen auf uns, die ja auch in der „National-Zeitung" zu lesen sind, würde ich den Redner selbst wohl zu den theologisirenden Politikern rechnen; über Eines aber bin ich ganz klar: zu den Theologen rechne ich ihn nicht. (Heiterkeit.) Jedenfalls haben wir vom Reichskanzler gegen den Abg. Jörg die Erklärung gehört, daß die Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland thurmhoch sei. Diese Freundschaft ist auf's Neue bekräftigt und kontrasignirt worden. Wenn sie wirklich alterirt worden ist, so muß dagegen bemerkt werden, daß das russische Reich der Zersetzung und dem Nihilismus, der bis in die höchsten Kreise reicht, verfallen ist. Den inneren Schwierigkeiten durch eine äußere Diversion entgegenzutreten, ist in Rußland nicht gelungen; trotz der Siege des türkischen Krieges ist in Rußland die Korruption dieselbe geblieben. Der Tiers-Etat in Frankreich ist heute ein alter schwacher Greis, dessen letzter Repräsentant der jetzige Präsident ist; hinter diesem steht Gambetta, mit dem einen Fuß auf der Barrikade, mit dem andern in der Börse, und hinter ihm steht Clemenceau mit den Kommunards, die nicht lange ausbleiben werden. Alles dies macht Frankreich angriffsfähig. Jetzt hat auch Frankreich seinen Kulturkampf, der seiner Offensivkraft den Todesstoß giebt. Der Schreckschuß einer Koalition Frankreichs und Rußlands wirkt also auf meine Nerven nicht. Ich will mich aber einmal auf diesen Standpunkt stellen. Dann muß ich doch auch die Frage prüfen, wie stellt sich denn die Wehrhaftigkeit zur Leistungsfähigkeit des Landes? Uebersteigt der Aufwand für das Militär die Leistungsfähigkeit, dann wird im Frieden die beste Kraft erschöpft, die im Kriege nothwendig gebraucht wird. Denn man darf dabei nicht blos die Offensivstöße ins Auge fassen, wenn ich deren hohen Werth auch nicht verkennne, sondern man muß auch an das Vorbild unserer Väter denken, die bis an die äußerste Grenze des Vaterlandes zurückgedrängt, dasselbe siegreich wieder erobert haben. Sollen wir die in der Thronrede versprochenen Erlasse dadurch zur Unwahrheit machen, daß wir die vorhandenen Mittel zur Bestreitung der neu geforderten Militärausgaben verwenden? Wenn nun Frankreich oder Rußland ebenfalls eine Vermehrung ihrer Armee eintreten lassen, sollen wir dann auch verstärken? Mit jeder Erweiterung des Reiches sind neue Lasten eingetreten. Wir haben im vorigen Jahre der neuen Zoll- und Steuerpolitik zugestimmt aus innerster Ueberzeugung. Schon damals wurde von den Gegnern hervorgehoben, daß eine Armeeverstärkung die Mehreinnahmen aufzehren würde. Von der offiziösen Presse wurden solche Behauptungen bis in die letzte Zeit, als die Vorlage schon fertig war, mit Entschiedenheit zurückgewiesen und als Verleumdungen bezeichnet. Heute sind sie wahr geworden.

Ich kann die Stimmung meiner Wähler nicht anders als dahin verstehen, daß ich die Vorlage ablehnen soll. Ich mache mir dabei nicht den Vorwurf, daß ich dadurch das Vaterlande gefährde. — Um dem Hause eine zweite Rede zu ersparen, will ich gleich den von uns gestellten Antrag begründen. Wir haben uns darauf beschränkt, lediglich eine Wiederherstellung dessen zu beantragen, was die Kommission vorgeschlagen hatte. Auf den Antrag Richter war die von uns wieder beantragte Bestimmung hinsichtlich der Geistlichen beseitigt worden. Interessant war mir dabei die Harmonie zwischen dem Abg. Richter und der Militärverwaltung. Der Abg. Richter sagte, er ginge bei seinem Antrage lediglich vom Standpunkte der allgemeinen Wehrpflicht aus. Warum hat er dann nicht auch an die Standesherren gedacht? Die Rechte der Geistlichen sind doch eben so alt, als die der Standesherren. Der Abg. v. Lerchenfeld hat sich gegen unseren Antrag ausgesprochen, weil er der Militärgesetzgebung widerspreche, welche die Befreiung ganzer Berufsklassen ausschließe; er selbst hat aber für die Freilassung der Volksschullehrer plaidirt, man könne auch noch auf die Standesherren hinweisen. Aber ganze Berufsklassen aus Deutschland zu vertreiben, hat man kein Bedenken getragen. Die Haltung der konservativen Partei in dieser Frage hat mich schmerzlich berührt, ich bin aber verpflichtet, dem Abg. v. Bennigsen, der in unbefangener Anerkennung der Billigkeit der Forderungen im Hause und in der Kommission für dieselben gestimmt hat, unseren herzlichen Dank auszusprechen. Der Abg. v. Wittich hat gemeint, erst sollten wir für die Vorlage stimmen, dann werde man vielleicht Sympathie mit unseren Anträgen haben. Für uns ist die Sache kein Handelsgeschäft, keine Parteifrage. Das schöne Wort, „es solle dem Volke die Religion erhalten werden", kann doch nur dadurch realisirt werden, wenn man den verwaisten Gemeinden Seelsorger giebt, und nicht dadurch, daß man den jungen Leuten durch solche Maßregeln die Lust verdirbt, sich dem geistlichen Stande zu widmen. Die Wehrhaftigkeit des Landes wird durch die Uebungspflicht der Geistlichen nicht gestärkt. Die verwaisten Gemeinden aber werden eine Pflanzstätte der revolutionären und sozialdemokratischen Bestrebungen. Deshalb bitten wir Sie um die Zustimmung zu unseren Anträgen, die Sie hoffentlich geben werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff: Wenn die Herren vom Zentrum unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Vorlage nicht stimmen können, dann dürfen sie es auch uns nicht übel nehmen, wenn wir nicht für ihren Antrag stimmen. Herr v. Schorlemer hat sich der Ansicht Richter's darin angeschlossen, daß die Versprechung der Steuererleichterungen vom vorigen Jahre nicht erfüllt worden sei. Dem gegenüber muß ich doch das faktische Verhältniß nochmals klarlegen. Wir haben im vorigen Sommer ungefähr 100 Millionen Mehreinnahmen bewilligt; davon sollen jetzt nur 17 Millionen für militärische Mehrausgaben verwendet werden; wir behalten also über 70 Millionen zu Zwecken der Steuererleichterung übrig. Es ist kein Zweifel: die wirthschaftliche Lage ist in einem Aufschwung begriffen, und wir können daher dem Lande auch mehr zumuthen. Es ist wiederholt auf die zunehmende Auswanderung hingewiesen worden. Es ist ja möglich, daß unter dem Druck der wirthschaftlichen Verhältnisse, der übrigens unter die Zeit des Freihandels fällt, ein Theil der Bevölkerung den Entschluß zur Auswanderung gefaßt hat, ich möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß oft ganze Gegenden ohne jeden politischen, wirthschaftlichen oder kirchlichen Grund, lediglich vom Reiz der Neuheit verleitet, vom Auswanderungsfieber ergriffen werden.

Abg. Dr. Bamberger: Meine Herren, mitten zwischen den beiden Standpunkten, die hier vertreten worden sind, befand sich der Antrag v. Stauffenberg, welcher zwar die Ziffern der Regierung und die sonstigen Veränderungen bewilligen wollte, aber die Bewilligung auf sieben Jahre nicht gutheißen kann, da sie den parlamentarischen Rechten zu viel vergiebt. Das Haus gestatte mir, diese Ansicht zu begründen, wenn auch der Antrag in dritter Lesung nicht wieder eingebracht worden ist. Mit technischen Gründen konnte der Antrag nicht widerlegt werden. Die Gründe waren vorwiegend politischer Natur, die ich bei aller Zurückhaltung in militärtechnischen Dingen zu würdigen mir auch getraue. Der Beweis, daß eine Bewilligung auf drei Jahre nicht genüge, ist aus technischen Gründen absolut nicht zu liefern; denn es liegt in unserer Organisation einer Friedenspräsenz, welche jeden Augenblick in Kriegsstärke verwandelt werden kann, ein solches Prinzip der Beweglichkeit, daß, wer behaupten wollte, man müsse länger als drei bis vier Jahren voraussehen können, wie die einzelnen Bestandtheile normirt werden sollen, gegen die Grundanschauungen verstößt. Ich sehe in der Bewilligung auf sieben Jahre nicht eine Konzession an das Recht des Reichstages, hier mitzusprechen, sondern eine Konzession an die Anschauung, welche behauptet, der Reichstag habe überhaupt kein Recht mitzusprechen. Die sieben Jahre sind für mich nicht ein Fragment des parlamentarischen Rechts, sondern ein Fragment jener ewigen Präsenzziffer, die der Grundgedanke der Vorlage vom Jahre 1874 gewesen ist.

Hat doch auch von Stauffenberg bei der ersten Lesung unter sympathischer Zustimmung ausgeführt, daß wir das Armee-Budget nicht einer Regierung, sondern der Nation und uns selbst bewilligen, und daß wir deshalb, wenn wir für eine Uebervortheilung eintreten wollten, uns selbst übervortheilen würden. Die Bewilligung einer geringeren Ziffer auf längere Zeit würde auch keine patriotischen Abgeordneten berechtigen, falls die Verhältnisse es fordern, noch während dieser Zeit eine Mehrbewilligung eintreten zu lassen. Wie mir scheint, liegt in den lange hinausgreifenden Ziffern eine Tendenz zur Erhöhung, da der Kriegsminister vorsichtiger Weise sich bei Fixirung seiner Forderung gegen alle nachtheiligen Folgen sichern muß. Die Motive, welche auf die gegenwärtige Würdigung unserer nationalen Lage Einfluß haben, sind verschiedener Natur, theils unveränderlicher Art, theils vorübergehender. Feststehend ist aus weltbekannten Gründen unsere Situation Frankreich gegenüber, die in absehbarer Zeit sich nicht bessern wird. Zu diesen feststehenden Verhältnissen gehört auch noch die Stimmung der europäischen Nation Deutschland gegenüber überhaupt, welche Graf Moltke mit dem Ausdruck charakterisirte, daß wir von allen Nationen gefürchtet, aber von keiner geliebt werden. An wem die Schuld davon liegt, will ich jetzt nicht untersuchen; aber daß etwas davon von uns verschuldet wird, hat sich auch heute gezeigt. Zwei Redner haben sich heute über Personen, welche in Ländern, die mit uns offiziell in freundschaftlichen Verhältnissen stehen, hochstehende öffentliche Stellungen bekleiden, in einer Weise ausgesprochen, die nicht zu den Artigkeiten der deutschen Polemik gehört. (Sehr richtig! links.) Jede Regierung in Frankreich, welche mit Erfolg glaubt, an uns Revanche nehmen zu können, wird zugreifen. Ebenso wenig wird unsere Stellung günstiger, ob in England die Whigs oder Tories am Ruder sind; es pflegen beide nichts zu verschenken. Aber man soll doch nicht gegen eine

fremde Regierung ohne jede Ursache aggressiv polemisiren. In England selbst ist man noch mit der Erklärung des erfolgten Umschwungs beschäftigt und noch ehe der von der großen Majorität einer respektablen Nation auf den Schild erhobene Mann seine Stellung Deutschland gegenüber klargelegt hat — wir werden meiner Meinung nach auch mit diesem Kabinet so gut auskommen wie mit dem vorigen — hat der Abg. Dernburg, in dessen Spezialität die auswärtige Politik gehört (Heiterkeit), sehr auffällige Worte über den von England gefeierten Volksmann gesprochen. Ich bedauere dieses Vorgehen für uns und für unsere Presse; denn wir sind in Europa zum Theil so mißliebig, weil wir ohne jeden Grund den berühmten Mann des Auslandes anfeinden. Denselben Vorwurf wie dem Abg. Dernburg mache ich dem Abg. v. Schorlemer-Alst. So wenig ich Partei ergreife für Herrn Gladstone, so wenig thue ich es für Herrn Gambetta. Ich habe noch viel weniger Ursache dazu; aber ich halte es nicht für geschmackvoll, den Präsidenten einer ausländischen parlamentarischen Versammlung in der Weise zu charakterisiren, wie der Abg. v. Schorlemer-Alst es gethan hat, mögen auch dessen politische Anschauungen den seinigen strikte entgegengesetzt sein. Bei der Abfassung dieser Vorlage waren ferner maßgebend die Verhältnisse der auswärtigen Politik, ein Gebiet, das ich nur mit Widerstreben berühre, weil der Leiter dieses Ressorts nicht hier ist und weil uns zur Beurtheilung seiner letzten Geheimnisse die Sachkenntniß fehlt. Aber die Vorredner nöthigen mich, in etwas hierauf einzugehen. Zum ersten Male bei dieser Vorlage baute man nicht mehr so fest auf die Sicherheit des Ostens wie früher. Was in jetziger Zeit erst aufgetaucht ist, kann auch zu einer andern Zeit wieder verschwinden. Das feste Freundschaftsverhältniß zu Rußland kann in den nächsten drei Jahren wieder hergestellt werden. Allerdings ist für den Augenblick die Gefahr von Osten her für mich die beunruhigendste, weil kein Regiment in Frankreich dem Versuche würde widerstehen können, sich einer feindlichen Aktion Rußlands gegen uns anzuschließen. Seit wann ist unser Freundschaftsverhältniß mit Rußland so alterirt? Zur Zeit, als der Reichskanzler sagte, er würde nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wegen der orientalischen Frage gefährden, war unsere Stimmung eine viel behaglichere. Der Wendepunkt fällt in die Zeit des berliner Kongresses, als unsere auswärtige Politik die größten Triumphe feierte. Je uneigennütziger die Vermittelung unseres Reichskanzlers war, je näher liegt die Gefahr des Undanks. Wenn heute unser Verhältniß zu Rußland gestört ist, so kann es unter der zielbewußten Politik unseres Reichskanzlers auch wieder beseitigt werden. Ich habe zur Zeit der russischen Freundschaft den allgemeinen Enthusiasmus nie so unbedingt mitgemacht. Ich werde auch ebenso nicht die Animosität mitmachen, die eine gewisse Presse jetzt rücksichtslos predigt. Einige, die früher Rußland als unseren ausschließlichsten und sichersten Freund feierten, stellen ihn jetzt als unseren Erbfeind hin und motiviren ihre Meinung mit alten Manifesten, die unseren Politikern schon zur Zeit unserer Freundschaft mit Rußland sehr wohl bekannt waren. Diese Ausschweifungen der Journalistik sind gefährlich, wenn auch die unsrige nicht so einflußreich ist, wie diejenige Englands und Frankreichs. Ich möchte also unsere patriotischen Schriftsteller bitten, ihre Mission dem Auslande gegenüber etwas vorsichtiger aufzufassen, als es gegenwärtig verschiedenen unserer Nachbarn gegenüber geschieht. In erster Lesung ist von einem angesehenen Redner gewissermaßen als Trost für die Verschiebung der Verhältnisse auf das österreichische Bündniß hingewiesen. Die verschiedensten Parteien im Reich und im Reichstage widmen diesem Bündniß eine besondere Gunst, und man würde wie ein sonderbarer Schwärmer aussehen, wenn man sich hier ausschließen zu müssen glaubte. Auch ich freue mich der Freundschaft mit Oesterreich. Aber was sind überhaupt politische Bündnisse? Sind die beiderseitigen Verhältnisse stark und tragfähig genug, um ein Zusammengehen der verbündeten Nationen zu gewährleisten, dann hat das Bündniß eine Bürgschaft in sich, verschwinden diese gemeinsamen Interessen, dann ist das Bündniß unglaublich wenig werth, und deshalb möchte ich warnen, in dem Sicherheitsgefühl der gegenwärtigen Lage das österreichische Bündniß allzuhoch anzuschlagen. Eine kleine Warnung in diesem Sinne ist uns erst in diesen Tagen geworden. Man hat darauf hingewiesen, es würde das politische Bündniß nicht denkbar sein ohne ein wirthschaftliches Bündniß. Die wirthschaftliche Eintracht und Freundschaft sollte gewissermaßen der Abglanz und Spiegel der allgemeinen politischen Eintracht sein. Nun, meine Herren, wie ist denn dies wirthschaftliche Bündniß jetzt ausgefallen? Im Augenblick ist Ihnen eine Vorlage zugegangen, welche nichts enthält als die Scherben dieses Bündnisses, die aufzulesen nicht der Mühe werth ist. An dem guten Willen derer, die es übernommen hatten, dieses Bündniß abzuschließen, hat es nicht gefehlt; bei ihrem System aber ist es nicht möglich, solche Bündnisse zu schließen. Mit der Anschauung, daß es bei Handelsverträgen nur darauf ankommt, wer der Gefoppte ist, macht man keine zivilisatorischen Fortschritte in dem Verhältniß der Völker. So lange diese Handelspolitik währt, ist keine Hoffnung, daß irgend etwas zu Stande kommt, was einem handelspolitischen Bündniß ähnlich sieht. Wenn ich auch die politischen Gefahren zu unterschätzen geneigt bin, so kann ich die für die Dauer von 7 Jahren als gleichmäßig und gleichwuchtig nicht anerkennen und ich muß es dem Reichstage vorbehalten, wenn nach 2 oder 3 Jahren eine Verschiebung eingetreten ist, auch die betreffende Erleichterung eintreten zu lassen. Die Regierung sollte nach den Erfahrungen der letzten 10 Jahre endlich einmal mit ihrem Mißtrauen gegenüber der eigenen Volksvertretung abrüsten, in der gewiß patriotischer Sinn und Aufklärung genug vorhanden ist, Alles das zu gewähren, was für die Wehrhaftigkeit des Landes nöthig ist. Beim Nachlesen der Verhandlung von 1874 fiel mir eine merkwürdige Coincidenz ein, die sich gerade auf unsere heutige Lage anwenden läßt. Der Abg. Miquel sprach damals die Zuversicht aus, daß nach Ablauf dieser 7jährigen Frist auch der Kulturkampf beendet sein würde. Ich würde mich darüber freuen, wenn das Essentielle des Kulturkampfes heute bereits als beendet angesehen werden könnte; allein wie die Dinge auch jetzt liegen mögen: der Hoffnung dürfen wir uns hingeben, daß nach drei Jahren von diesem Kulturkampf wie bisher nicht mehr die Rede sein und der Friede zwischen Regierung und der die andere Seite vertretenden Partei vollständig sein wird. Wenn das der Fall ist, dann werden Sie auch jenem Redner zustimmen, der damals Namens der liberalen Partei jene 7jährige Frist vertrat und für eine bessere Zeit die Wiederkehr einer regelmäßigen Prüfung in Aussicht stellte. Aus einem anderen als einem solchen Grunde hat der Abgeordnete Rickert die siebenjährige Frist befürwortet. Er führte verschiedene Gründe der Opportunität an; es ist nicht richtig in die öffentliche Wahlagitation jedesmal auch den Kampfesruf der Armeebewilligung zu bringen. Es gab vielleicht eine Zeit, in der man dieser Rücksicht sein Ohr leihen konnte, obwohl es für mich sehr schwer war; aber glaubt mein verehrter Freund wirklich, wir hätten eine so überschäumende öffentliche Meinung und eine so große Beweglichkeit der Interessenfülle im deutschen Volke, daß es nicht angezeigt sei, es mit politischen Fragen zu behelligen? Hält er es wirklich für so segensreich, wenn man in Volksversammlungen blos darum streitet, wie der Spinner den Weber oder der Weber den Spinner übervortheilen soll, oder wo vielleicht ein Handelshaus, das schlechte Geschäfte gemacht hat, eine Unterstützung aus dem Steuersäckel herbeiholen soll? Wir leiden vielmehr an einem Ueberfluß von Stillleben und die Nation sollte endlich einmal lernen, aus der politischen Sackgasse, in die es durch den materiellen Interessenkampf hineingeführt ist, herauszukommen. Will man überhaupt parlamentarische Vertretungen, so muß man auch wollen, daß das Volk sich selbst um die Geschäfte kümmert. Der Abg. Rickert sagt, es handle sich hier nicht um einen Prinzipienstreit, sondern nur um Zahlen. In diesen Zahlen aber drückt sich gerade das Prinzip aus, und wenn die Bewilligung nicht normal einjährig eintreten soll, dann ist es doch das allein richtige Prinzip, sie alle drei Jahre, d. h. mit jeder erneuten Repräsentation des Volkswillens eintreten zu lassen. Ein Prinzip liegt nur in 1 oder 3, oder in der Ewigkeit, in 7 gewiß nicht, und der Abg. Rickert befindet sich in einer merkwürdigen Abirrung, wenn er erklärt: 1 hielte er eigentlich für das Ideal, 5 hätte er beantragen mögen, wenn er geglaubt hätte, die Majorität zu bekommen, 7 nehme er in Gottes Namen an — nur 3 nicht. (Große Heiterkeit. Sehr gut!) Warum er gerade diese 3 so abscheulich findet, vermag ich nicht zu entdecken. Grade die Rede des Abg. Rickert macht es mir noch schwerer, dem Antrage auf 7 Jahre zuzustimmen, denn trotz aller Vorbehalte in der Einleitung erklärte er sich im weiteren Verlauf mit einem Enthusiasmus für die Forderung der Regierung, welche mit jener Einleitung erheblich kontrastirte. 1872 wurde im französischen Rekrutirungsgesetz eine feste, grundsätzliche Organisation geschaffen, um die frühere willkührliche Aenderung der Cadres zu beseitigen. Aber ich liebe es überhaupt nicht, eine Parallele zwischen unseren parlamentarischen Versammlungen und den Parlamenten anderer Staaten zu ziehen, mit denen wir wenig mehr als den Namen gemeinsam haben. (Sehr wahr! links.) In Frankreich ist das Parlament Alles und eine französische Ewigkeit ist nicht so lang, wie die deutschen 7 Jahre. (Heiterkeit.) Ich bin mir bewußt, daß der Reichstag nicht hier wäre ohne die Leistungen der Armee, aber ich glaube doch nicht, daß der Reichstag deshalb zu einem wesenlosen Scheine herabsinken soll. Der Abg. Rickert hat gemeint, die Nation wolle gegenwärtig keinen Streit mit der Regierung; das ist schwer zu sagen. Ich erkläre, es giebt Fragen, in denen auch der Wille der Nation mir nicht maßgebend ist, in denen ich meine eigene Ansicht konsultire. An waffenfähigen Männern, an patriotischer Hingebung, an einsichtsvoller Leitung wird es Deutschland niemals fehlen, wenn ein Angriff von Außen kommt; aber daß es einmal an der stillen Besinnung und an der Erkenntniß, welche dem geschaffenen deutschen Reiche auch den richtigen Geist eingebe, fehlen könnte, darüber bin ich nicht ohne Besorgniß und deshalb glaube ich so stimmen zu müssen, daß ich die parlamentarischen Interessen wahre. (Beifall links.)

Abg. v. Maltzahn-Gültz: Ich verstehe es nicht, wie der Vorredner die geforderte Präsenzziffer, die Uebungen der Ersatzreserve und alles Andere an der Vorlage bewilligen zu können glaubt, und doch das ganze Gesetz an der 7jährigen Dauer scheitern lassen will. (Sehr richtig! rechts.) Ich gebe daher auch die Hoffnung nicht auf, daß einige seiner Freunde mit uns stimmen werden. Die Frage der Dienstpflicht der Geistlichen ist überhaupt von sehr geringer praktischer Bedeutung, da es sich um die jungen Leute handelt, welche die Ordination empfangen, aber noch kein geistliches Amt haben. Der Antrag v. Schorlemer ist vom militärischen Standpunkt aus unbedenklich, ich werde also für denselben stimmen, halte es aber für begreiflich, wenn andere auch bei dem Dienst in der Ersatzreserve keine Ausnahme machen wollen.

Abg. Richter (Hagen): Die Priesterfrage steht für mich nicht im Vordergrund dieser Debatte. Herr v. Kardorff meint, auch wir hätten Vertrauen zur auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck. Allerdings haben wir ein solches Vertrauen bei manchen Gelegenheiten bekundet, um aber der auswärtigen Politik des Reichskanzlers in allen Phasen folgen zu können, müßte man doch thatsächlich mehr von derselben wissen, als wir hier erfahren. Wir sind deshalb zur Zeit gar nicht in der Lage, ein Urtheil nach der einen odern andern Seite hierüber zu formuliren. Herr Dernburg irrt, wenn er meint, wir wollten die verlangte Friedenspräsenzstärke von 427,000 Mann bewilligen. Nein, ich habe ausdrücklich gesagt, daß mit der von uns verlangten 2jährigen Dienstzeit eine Verminderung der Präsenz um 50,000 Mann von uns verlangt wird, wodurch die Heeresstärke auf den Stand vor 1875 zurückgeführt werden würde. Der Abg. Rickert hat neulich meinen Angriff auf die politische Haltung der nationalliberalen Partei in dieser Frage erweitert zu einem Angriff auf das Wesen und Wirken der Fortschrittspartei von 1866 an. Er hat uns eine durchaus negative Partei genannt und im Gegensatz dazu gefeiert das Zusammenwirken der Nationalliberalen und Konservativen zu positiven Schöpfungen, als der natürlichen Grundlage für die innere Entwickelung des deutschen Reiches. Allerdings sind wir, wo es sich um den wirklichen Fortschritt in liberaler Richtung handelte, mit den Nationalliberalen stets positiv gewesen, und da diese allein niemals eine liberale Mehrheit besaßen, hat kein derartiger Fortschritt ohne unsere Mitwirkung stattgefunden. Allerdings so fruchtbar an neuen Gesetzen sind wir nicht gewesen, wie die nationalliberale Partei. Wir haben es niemals grundsätzlich von uns gewiesen, Kompromisse zu schließen; aber Ihre Kompromisse sind immer schlechter geworden; Ihr Liberalismus ist von Kompromiß zu Kompromiß gesunken. Der Abg. Rickert hat uns negative Stellung gegen die deutsche Einheit vorgehalten. Sie verwechseln manchmal sich mit dem, was Fürst Bismarck und die Armee gethan haben. Allerdings soll es Herrn v. Bennigsen nicht vergessen sein, was er zur Vorbereitung der Gemüther im Volk auf die Einheit vor 1866 gethan hat. Aber es war nur dasselbe, wofür damals unsere besten Männer, z. B. Schulze-Delitzsch, wirkten, und mancher von uns hat schon vordem für die deutsche Einheit Vermögen, Stellung und Freiheit eingesetzt, als dies Wirken noch nicht so ungefährlich war, wie heute. (Beifall.) Aber unmittelbar ins Leben geführt wurde die deutsche Einheit später durch die Thaten der Armee auf den Schlachteldern, wobei es keine Verschiedenheit der Parteien gab. Erst nachdem auf Grund der Waffenerfolge die Bündnisse geschlossen waren, hat sich die nationalliberale Partei gebildet. Nunmehr kam es darauf an, in diesem Einheitsbau auch dem Konstitutionalismus sein Recht zu verschaffen. Wir wirkten zuerst mit Ihnen vollkommen in gleicher Richtung, nicht um ein abstraktes Ideal der Freiheit zu verwirklichen, sondern um das bescheidene Maß von Rechten zur Geltung zu bringen, welches schon $\frac{5}{6}$ der Bevölkerung Norddeutschlands in der preußischen Verfassung besaßen. Das wäre uns auch gelungen, wenn nicht die Nationalliberalen aus Hannover und Hessen in ihrer Herzensfreude, in Preußen aufzugehen, die Gefahr der Reaktion in Deutschland damals unterschätzt hätten. So standen wir zuletzt vor einem Verfassungsentwurf, der uns wesentliche Rechte aus der preußischen Verfassung absprach. Gegen diesen Entwurf haben wir gestimmt, wie es Waldeck aussprach, in der festen Ueberzeugung, daß, wenn wir die Mehrheit hätten, das Einheitswerk nicht preisgegeben sei, sondern die Regierungen sich sofort anderweitig über Bewahrung jener Rechte mit uns verständigen müßten. Noch in demselben Jahre hat Fürst Bismarck später anerkannt, daß er um des Einheitswerks willen sich auch zur Einräumung von mehr konstitutionellen Rechten würde verstanden haben, wenn die Nothwendigkeit vorgelegen hätte. Und hat Deutschland wirklich, wie Rickert es darstellt, Ursache, gerade stolz zu sein auf dasjenige, was wir an der Verfassung aussetzen? Die Verfassung der obersten Reichsregierung hat sich immer unhaltbar erwiesen. Die Vorkommnisse der letzten Woche haben wahrlich nicht die Bewunderung, sondern die Heiterkeit Europas auf Deutschland gezogen. (Sehr wahr! links.) Der Mangel der Diäten verursacht hier Lücken, auch bei den wichtigsten Entscheidungen. Weil man damals das normale Budgetrecht aufgab, erledigen wir seitdem die Militärfrage stets ruckweise unter Erregungen, welche sonst die politische Situation nicht mit sich bringen würde. Schon 1867 sprach das nationalliberale Programm die Erwartung aus, daß man spätestens nach dem Ende des ersten Provisoriums, also 1871 zur Sparsamkeit eines wirklichen Militärfriedensetats gelangen werde. Nun stehen wir am Ende des dritten Provisoriums und wiederum pflastert sich Herr Rickert den Weg zur Abstimmung mit guten Vorsätzen, was er in der späteren Zeit sparen wolle. Die Zurückhaltung und Resignation, mit welcher die Konservativen die Militärfrage behandelt haben, sticht wohlthuend gegen den Enthusiasmus ab, mit welchen Herr Rickert sie behandelt. Die Reden der Konservativen beweisen, daß sie das volle Gefühl für die schwere Last haben, die sie dem Volke glauben auflegen zu müssen. In Rickerts Rede empfinde ich gerade das Gegentheil. Die ganze Rede ist ja ein wunderbares Mosaikbild einzelner widersprechender Behauptungen. (Redner verliest einzelne Stellen.) Gerade Herr Rickert hat hervorgehoben, daß, je mehr man schon Ausgaben für das Heer mache, es um so gefährlicher sei, eine noch höhere Ausgabe abzulehnen, weil dann dieser kleine Unterschied, dieses kleine Plus schuld sei, daß die hohe Versicherungsprämie, die man zahlt für die Erhaltung des Friedens nicht zur Wirkung käme. Ich muß doch bemerken, daß bei allen Militärvorlagen immer ein und dieselbe große europäische Rede in den Verhandlungen hervortritt; mag es sich um 25,000 Mann oder um eine geringere Ziffer handeln, immer wird die Behauptung mit großem Beifall aufgenommen, daß man die nationale Existenz, die mit theurem Blute erkauften Errungenschaften von 1870—71 nicht auf das Spiel setzen könne, daß Deutschland eine europäische Mission habe, und wie die europäischen Wendungen weiter lauten. Der Graf Stolberg sagte mit feiner Ironie, Sie sollten sich freuen, auf möglichst lange Zeit bewilligen zu können, denn je öfter Sie zu bewilligen hätten, um so öfter müßten Sie auch die Bewilligung erhöhen. Heute, wo man 427,000 Mann bewilligt, kann Rickert es nicht mehr als einen Erfolg bezeichnen, daß man 1874 nur 401,000 Mann bewilligt hat. Wenn ich bei der Bemerkung des Abg. Rickert, man müsse in seiner Ueberzeugung stark sein, gelacht habe, so geschah es deshalb, weil er in demselben Augenblicke versicherte, er würde, wenn er an seine Wähler appellire, gewiß die Mehrheit finden. Er nahm oft Bezug auf Vorgänge in seinem Wahlkreise. Mir ist nur bekannt, daß der fortschrittliche Wahlverein in Danzig zu Ostern erklärt hat, er finde in der Rede des Herrn von Stauffenberg doch manches Beherzigenswerthe. Hinc illae lacrimae! Es sagte mir gleich Jemand, der Herrn Rickert kennt, dieser würde aus Besorgniß, dem Standpunkt von Stauffenberg's eine Konzession zu machen, lieber noch über den Regierungsstandpunkt hinausgehen. Ich weiß nicht, ob es besser ist, nach links oder nach rechts beweglicher zu sein. Bei dem Appell an das Volk kommt es immer darauf an, wie die Frage gestellt wird. Wenn Sie das Volk fragen, ob wir hier nicht die Existenz der Nation sichern sollen, dann werden Sie natürlich eine zustimmende Antwort erhalten. Mit demselben Rechte fragten die Konservativen in Ost- und Westpreußen bei den letzten Wahlen, ob es nicht verhindert werden müsse, daß Attentate gegen die Person des Kaisers sich wiederholen, statt zu fragen, ob das Volk geneigt sei, sich 200 Millionen neue Steuern auferlegen zu lassen. Fragen Sie das Volk, ob es glaubt, daß man mit einer zweijährigen Dienstzeit auskommen kann, so werden Sie schon die richtige Antwort erhalten. Wie sehr sich der Abg. Rickert in seiner Rede innerlich vom Liberalismus entfernte, zeigt die Bezeichnung der Militärfrage als eine heilige Frage, die nicht in Wahlversammlungen hinausgezogen werden dürfe. Ebenso gut könnte er jede Steuerfrage als eine finanztechnische, jede Verfassungsfrage als eine juristischtechnische bezeichnen, die nicht in Wahlversammlungen gehörten. Was bleibt aber dann noch vom Parlamentarismus übrig? Gerade weil die Militärverwaltung große Erfolge erzielt hat, liegt die Gefahr eines Selbstbewußtseins und eines Quietismus nahe; das Bespiegeln im erkämpften Ruhme hat die Staatsmänner und Generale des großen Friedrich schließlich auf einen Standpunkt geführt, der jene unglückliche Katastrophe zu Anfang dieses Jahrhunderts verschuldete. Nein auch dem Militär gegenüber fühlen wir uns als Sr. Majestät getreue Opposition und glauben uns um das Militär selbst verdient zu machen, wenn wir die letzten Gründe der Verwaltung zu verstehen trachten. Trotz alles Gegensatzes der Anschauung verhandle ich parlamentarisch mit dem Militär am liebsten, weil wir es hier mit wirklichen Sachkennern zu thun haben, während sich dies in der Zivilverwaltung, insbesondere in der Finanzverwaltung in neuerer Zeit immer weniger behaupten läßt. (Heiterkeit.) Mit Sachkennern ist die Verständigung leichter. Wäre die Militärverwaltung nur nicht von so viel Bewunderern umgeben, und würde nicht beständig mit Vertrauensvoten überschüttet, sie müßte sich auch bemühen, die letzten Gründe unserer Opposition zu verstehen und würde die Größe der Lasten, welche sie auferlegt, besser begreifen. Aber wenn jede Steigerung der Militärlast mit solchem Enthusiasmus begrüßt wird, wie in der Rickert'schen Rede, dann würde ich als Kriegsminister vom Standpunkt meines Ressorts aus ins Volle greifen und nichts ablassen. Herr Rickert rühmte sich gegen die Konservativen, daß er nicht wie diese große Steuererlasse versprochen habe. Allerdings haben die Nationalliberalen sich nicht so drastisch wie Herr v. Puttkamer ausgedrückt, der es als einen Stoß in das Herz des monarchischen Prinzips bezeichnete, wenn nicht vor Allem die Versprechungen auf Steuererlaß an das Volk erfüllt würden. Aber auch die nationalliberale Partei hat nach der Bewilligung der neuen Steuern Steuererlasse für die ärmeren Volksklassen herbeizuführen als die Verpflichtung jedes aufrichtig Liberalen bezeichnet. Gerade Freihändler wie Rickert sollten begreifen, daß die Last der neuen Zölle als Schutzzölle vielfach den Einnahmebetrag für den Staat übersteigt. Ich sehe den Aufschwung der Geschäfte, von dem v. Kardorff heute sprach, wesentlich nur beim Schmuggelhandel und beim Auswanderungsgeschäft. Herr v. Kardorff schreibt jede günstige Erscheinung der neuen Wirthschaftspolitik zu, jede ungünstige aber der früheren. Da nun zu jeder Zeit günstige und ungünstige Erscheinungen neben einander vorkommen, so sichert diese Logik allerdings sich unter allen Umständen den Beweis. Im vorigen Jahre sollten nach Herrn Tiedemann gerade die Leute aus dem Spessart durch die Getreidezölle glücklich gemacht werden. Jetzt gerade organisirt die bairische Regierung ihre Auswanderung. Nicht ausländisches Getreide überschwemmt sie derart, daß sie das eigene nicht verkaufen können, sondern sie bauen nicht einmal genug, um selbst davon leben zu können. In seinem leicht entzündbaren Gemüthe forderte Rickert auf dem viel erwähnten Städtetag zur Bildung der Antikornzollliga auf, Alles was sich liberal nenne, solle im deutschen Bürgerthum zusammenstehen zum thatkräftigen Widerstande gegen diejenigen, welche, wie Herr v. Bennigsen, dem Volke nothwendige Lebensmittel durch Zölle vertheuern wollten. Heute ist gerade Herr Rickert in diesem Hause der begeisterte Standartenträger für die Politik des Herrn v. Bennigsen und feiert das Zusammenwirken nicht mit der Partei, sondern mit den Konservativen als die natürliche Grundlage der inneren Entwicklung. Mit Recht hält Bamberger Hrn. Rickert vor, wie sehr sich auch seit 1874 die innere Lage verändert hat. Heute kann nicht Herr v. Bennigsen mehr wie damals behaupten, daß die konservative Regierung für ihre Verfassungspolitik liberale Grundsätze inne hält. Haben wir es denn nur geträumt, wie der Reichskanzler versuchte, die Verfassungsrechte der Redefreiheit und des Budgets anzutasten? Ist etwa Herr v. Puttkamer als Kultusminister nur ein Phantom? Geht er nicht vielmehr damit um, die geringen liberalen Errungenschaften in der Schule zu lädiren? (Oho rechts!) Freilich hebt die nationalliberale Korrespondenz in einem Rückblick auf die Militärdebatte hervor, jetzt sehe man wieder, daß nichts wahrhaft Großes — nämlich diese Vorlage, ohne das Zusammenwirken von Konservativen und Nationalliberalen zu Stande komme. Nun werde auch wohl Herr von Puttkamer ein Einsehen haben und nicht mehr den Liberalismus in Schule und Kirche bekämpfen. Welche Naivetät der politischen Unschuld gehört dazu, zu glauben, daß Herr v. Puttkamer sich durch Ihre Abstimmung in der Militärfrage wird rühren lassen? (Heiterkeit.) Hier in der Militärfrage, dort in der Zollfrage, an anderer Stelle in der Eisenbahnfrage, ja vielleicht sogar in der Kirchenfrage, überall steigt die Machtvollkommenheit des Kanzlers zu einer Höhe empor, fast unerreichbar für den Parlamentarismus. Und wären wir jemals in der Negative zu weit gegangen, ich glaube eher in entgegengesetzter Richtung kann man uns Vorwürfe machen, heute sollte uns Alles, was noch wirklich liberal ist, danken, daß sich durch die Ungunst der Zeiten hindurch wenigstens noch eine kleine Partei erhalten hat, deren Mitglieder sich nicht, wie in der nationalliberalen Partei, unter einander negiren, sondern welche noch im Stande ist, zu geschlossener kräftiger Negative, eine Partei, an die sich ja auch Herr Rickert in der Zoll- und Eisenbahnfrage anlehnen muß. Gleichwohl glauben Sie heute noch ihre Politik des Lavirens und Kompromisses, ihre dilatorische Politik fortsetzen zu können, welche dem Ansehen des Liberalismus im Volke — auch wir leiden ja darunter — schon so viel Schaden gebracht hat. Sie unterschätzen den Reichskanzler, in der diplomatischen Kunstfertigkeit sind Sie ihm nicht gewachsen, ein solcher

Diplomat wird in jedem Jahrhundert nur einmal geboren (Sehr richtig!) und er versteht es, wenn er anders will, früher aufzustehen, nicht blos wie der Abg. Windthorst, sondern auch wie der Abg. v. Bennigsen. Mit seiner überlegenen Diplomatie treibt er ihre Diplomatie aus einer Position nach der andern und in diesem Augenblick, wo Sie nur Vertrauensvoten für den Reichskanzler haben, aus $\frac{9}{10}$ bestehen ja die Reden des Herrn von Bennigsen nur aus solchen Vertrauensvoten, zieht der Kanzler bereits die Linien um Sie auch aus der letzten Position Ihrer Opposition in Bezug auf das Tabaksmonopol heraus zu manöveriren. (Sehr richtig!) Ich höre freilich, daß Herr Rickert schon damit beschäftigt ist, auch hier dilatorische Politik zu treiben, um in dieser Frage einem bestimmten Ausspruch auszuweichen. Das hilft Ihnen aber Alles nichts. (Heiterkeit.) Der Kanzler wird Sie zwingen Farbe zu bekennen. Entweder Sie kommen doch noch in die Opposition oder Sie müssen sich förmlich einverleiben und als die dritte Kompagnie in die große Kanzlerpartei. Eingeladen sind Sie ja schon dazu. (Heiterkeit.) Für aufnahmefähig hat Sie heute noch Herr von Kardorff erklärt, indem er einschlug in die vom Abg. Rickert gebotene Hand zur Allianz für solche liberal-konservative Schöpfungen. In dieser Situation, welche für Halbheiten und Vermittelungen keinen Raum mehr hat, werden gerade diejenigen, welche dies nicht einsehen, zuerst an die Wand gedrückt. An Ihnen wiederholt sich die Erfahrung der altliberalen Partei. Sie war auch einmal eine große Partei aus patriotischen und kenntnißreichen Männern mit gewissen liberalen Ansichten, aber ihre Schwäche, Halbheit, ihre Diplomatie hat ihr Ende herbeigeführt. Wollen Sie in den eigenen Spiegel sehen, so lesen Sie die vernichtende Kritik der „National-Zeitung" über die altliberale Aera. Derselbe Zersetzungsprozeß, dasselbe Abbröckeln ergreift auch Sie von rechts und links und zwar im Lande noch mehr als im Parlament. Einem so ganzen, einem so starken Mann wie dem Reichskanzler gegenüber vermag Halbheit am wenigsten; ihm kann man nur Maß und Zügel anlegen, wenn man selbst auf seinem Standpunkt feststeht und sich von klaren Grundsätzen leiten läßt. (Sehr richtig!) Nur so kann die bleierne Apathie wieder vom Volke genommen und jenem für das Reich verhängnißvollen Fatalismus entgegen wirken, daß aller Widerstand gegen den Kanzler und das, was er einmal wolle, vergeblich sei. Herr v. Stauffenberg sagte mit Recht: Wenn wir die Fahne sinken lassen, wer wird sie dann aufnehmen? Nein, meine Herren, soweit unsere Kräfte reichen, wollen wir die Fahne des Liberalismus hochhalten, wollen nichts wissen von jener liberal-konservativen Politik der Herren Rickert und v. Kardorff, wollen den Liberalismus rein erhalten, damit er wieder stärker werde im Bewußtsein des Volkes, um in der Gegenwart nachhaltig zu vertheidigen, was wir an liberalen Errungenschaften noch besitzen, und zurückzuerobern, was uns jetzt verloren gegangen ist. (Lebhafter Beifall links und Zischen.)

Abg. Rickert (wird beim Besteigen der Tribüne mit großer Heiterkeit empfangen): Ich weiß in der That nicht, weshalb die Herren sich so sehr freuen. Es könnte ja scheinen, als ob ich die Lust verloren hätte gegenüber dieser Philippika — nicht gegen die Vorlage, sondern gegen den Abg. Richter, das Wort zu ergreifen. Indessen irrt sich der Abg. Richter, ich habe nicht die Neigung, mir sein Votum als das entscheidende gefallen zu lassen, ich hätte mich in die Regierungsvorlage hineingeärgert. Der Aerger des Abg. Richter wird wohl größer sein, daß ein Mann auf dieser Seite gewagt hat eine Frage, die er als das Schiboleth des Liberalismus betrachtet, nicht als solches anzusehen. Wenn Sie mich auf ihren Index setzen, Herr Richter, so genirt mich das nicht. Wenn Sie die Macht hätten, die Männer, welche Sie auf den Index setzen, so verhaßt zu machen, daß das Volk ihnen den Rücken kehrt, dann würde ich Respekt vor Ihnen haben. Je mehr aber der Abg. Richter gesagt hat, bis hierher und nicht weiter! desto kleiner ist die Zahl seiner Nachfolger geworden. Etwas weniger Brustton möchte ich daher bitten. (Heiterkeit.) Wer giebt Ihnen denn das Recht, im Namen der Freiheit diese Tiraden zu halten? Sie sprechen über meine Rede, als wären es nur allgemeine Redewendungen gewesen, hat denn Richter heute zur Militärvorlage gesprochen? Er hat sich nur — er mag es mir nicht übel nehmen — in inhaltslosen Redewendungen gegen den Liberalismus und den Abg. Rickert ergangen. (Große Heiterkeit.) Nicht Alles ist liberal, was Richter will; vor Allem ist es ein Zeichen eines freien, humanen, toleranten Mannes, daß er eine Meinung neben sich respektirt. (Sehr richtig!) Ist das eine Respektirung unserer Meinung, wenn Ihre (des Fortschritts) Abgeordneten vor das Volk hinaustreten mit Redewendungen wie: Was sind die Nationalliaeralen? Fürstlich Bismarck'sche Abgeordnete. (Sehr richtig!) Eine Reihe von Männern aus Ihren Reihen hat es geflissentlich als ihr Geschäft betrachtet, nicht die Konservativen oder die Regierung, sondern die befreundete Partei, auf deren Unterstützung Sie unbedingt angewiesen sind, anzugreifen. So lange dies das Ziel Ihrer Bestrebungen ist, paktiren wir allerdings mit Ihnen nicht; wir werden vor allen Dingen Respekt vor unserer Ueberzeugung von Ihnen verlangen, falls Sie uns den versagen, werden wir auf Ihr Urtheil nichts halten. Sie sind ja schlimmer, als die konservativen Herren (Große Heiterkeit) — nehmen Sie es nicht übel (nach rechts gewendet) — wenn Sie nicht einmal dulden wollen, daß man neben Ihnen auch eine Meinung hat. Der Abg. Bamberger hat schon hervorgehoben, 3 Jahre und 7 Jahre, das ist die ganze Differenz zwischen mir und ihm. Nun sollte man meinen, Richter würde Bamberger auch angreifen und mit mir in denselben Korb werfen. Er erhebt dagegen Stauffenberg und Bamberger möglichst hoch. Ich glaube, Herr Bamberger weiß, was er davon zu halten hat. Mit solchen Mitteln werden Sie den Zwiespalt nicht erweitern. Die nationalliberale Partei scheut sich nicht, auch divergirende Meinungen im Plenum vortragen zu lassen, das sollten Sie ihr als Verdienst anrechnen. Das ist bei uns, das ist bei den Konservativen der Fall. Nur Sie haben es auch bei Kardinalfragen nicht vermocht, die Parteidisziplin so stark zu halten. Im Jahre 1874 bei dem bekannten Septennat bröckelten Ihnen doch 14 oder 15 Herren ab, und es wurde damals als Verdienst des Abg. Hoverbeck gepriesen, daß er, wie ein Redner sich neulich in einer Volksversammlung ausgedrückt hat, die unsicheren Kantonisten aus den Reihen der Fortschrittspartei fortgebeizt hat. Wenn Sie in dieser Taktik fortfahren, dann bleibt schließlich nur der Abg. Richter übrig. (Heiterkeit.) Meine Stellung zur Politik alterirt meine Stellung zur Militärfrage nicht. Ich schäme mich auch meiner Rede auf dem Städtetage nicht und halte die damals empfohlene Taktik noch heute für richtig. Diese Grundsätze werde ich auch später noch vertreten. Der Abg. Richter hat seine Bemerkungen über meine Stellung zum Tabaksmonopol auf eine vertrauliche Besprechung gegründet, die ich über die Opportunität seines bezüglichen Antrages mit einigen Freunden hatte. Wenn man so private Aeußerungen bringt, dann werden wir in nächster Zeit einen Ton annehmen, den ich nicht mitzumachen wünsche. Wenn ich dem Abg. Richter alles das hier öffentlich erzählen wollte, was er auf anderen Gebieten geleistet hat (Große Heiterkeit), so würde er sich wundern. Ich überlasse jedoch sein Verfahren seinem Takt und Geschmacke. Der Abg. Richter hat mich zum Mitschuldigen gemacht in Bezug auf die erwähnten Steuererlasse. Wenn man von den 130 Mill. neuer Steuern 17 Mill. für die neue Militärvorlage abzieht, so bleiben noch 113 Mill. für andere Zwecke und Steuererlasse übrig, also bausche man die Sache nicht mehr auf als nothwendig. Das hier Geforderte übersteigt nicht die Leistungsfähigkeit der Nation. Der Abgeordnete Richter wirft mir vor, ich hätte für einen Kompromiß geschwärmt, während doch hier kein Kompromiß vorliege, sondern nur die Regierungsforderung bewilligt werde. Herr Richter muß meine Rede nicht gehört haben; ich habe von einem Kompromiß gar nicht gesprochen, sondern gesagt, die 7 Jahre wären das Resultat eines im Jahre 1874 abgeschlossenen Kompromisses. Für den Antrag auf fünfjährige Bewilligung hat in der Kommission sich Herr Richter und das Zentrum erklärt und da auch nur wenige meiner Freunde für denselben eintreten wollten weßhalb sollte ich ihn wieder einbringen? Ich stimme für 7 Jahre, weil ich etwas anderes nicht erreichen kann. Hr. Richter übrigens auch nicht. Ich wäre versucht auf die allgemeinen Verhältnisse, namentlich auf die europäischen einzugehen. (Unruhe.) Ja, meine Herren, zum Vergnügen beschäftige ich mich nicht mit den Sachen, es ist auch nicht die Furcht, daß Richters Rede mich zermalmt hätte, es ist nur der Wille, meine Ueberzeugung zu vertreten, mögen die Angriffe von rechts, von links oder vom Zentrum kommen. Ich habe nicht das Zusammengehen mit den Konservativen gefeiert, wie der Abg. Richter mir vorwirft, sondern ich habe nur die Thatsache konstatirt, daß wir grundlegende Gesetze, wie die Justizreform mit den Konservativen zusammen gemacht hätten. Das wird auch in Zukunft geschehen, wenn uns wie vielfach die Fortschrittspartei nicht in der nöthigen Weise unterstützt. Die Behauptung des Abg. Richter, der Reichskanzler hätte eine den Ansprüchen der Fortschrittspartei entsprechende Verfassung vorgelegt, wenn wir auf der Opposition beharrt hätten, stelle ich ruhig der Beurtheilung des deutschen Volkes anheim. Nicht einmal die gemäßigten Anträge des Abg. v. Forckenbeck gelangten damals zur Annahme. Die Fortschrittspartei bewegte sich damals, wie heute, in Illusionen. Die Prinzipien auszusprechen, genügt nicht, man muß auch praktische Erfolge erzielen. Das ist der Grundsatz der nationalliberalen Partei. Der Zorn des Abg. Richter wird wohl etwas nachhaltig gegen mich sein; ich werde mich also später wieder mit ihm auseinandersetzen können. Der Abg. Bamberger hat behauptet, die Bewilligung auf 7 Jahre habe gar keinen Sinn; im Jahre 1874 wurde aber diese Periode von uns als eine große Errungenschaft dem deutschen Volke gepriesen. Ich nehme dieselbe Dauer heute an, nicht aus Rücksicht auf die Regierung, sondern wegen der ganzen geschichtlichen Entwickelung dieser Frage. Zur Zeit des Militärkonflikts in Preußen forderte selbst die Fortschrittspartei die gesetzliche Feststellung der Präsenzziffer für immer und heute wollen Sie bei 3 Jahren die Grenze des Liberalismus ziehen; das wird Ihnen nicht gelingen. Ich wollte nicht, wie der Abgeordnete Richter glaubt, die Militärfrage ganz der Diskussion der Wähler-Versammlungen entziehen, sondern nur die technischen Fragen der Stärke der Kompagnieen und Bataillone, und das entspricht ganz den liberalen Traditionen. Was ich in Betreff der französischen Verhältnisse gesagt habe, halte ich aufrecht, dort ist der Friedenspräsenzstand dauernd festgestellt durch Gesetz. Der gesetzgebende Körper in Frankreich ist zwar beim Budget souverain, nicht aber beim Gesetz; zu einer Gesetzesänderung ist doch die Zustimmung des Senates nothwendig. Die Diversion auf Frankreich hat übrigens nur der Abgeordnete Richter verursacht, der sie provozirte. (Wiederholte Rufe: Schluß!) Ich könnte allerdings jetzt versucht sein, etwas Weiteres zu sagen. Ich glaube doch, daß Sie mit derselben Geduld und Unparteilichkeit einen für wenige Minuten anhören, der Stunden lang angegriffen ist, — es war ohnehin meine Absicht zu schließen. Auch ich halte es mit dem Abg. Bamberger für einen entschiedenen Schaden, daß man auswärtige Politik hier im Großen treibt, und ich stimme demselben darin vollkommen bei, daß wir keine Ursache haben, nach Rußland oder Frankreich oder irgend einem Lande von dieser Stelle aus mit Redewendungen zu werfen, die dort übel aufgenommen werden könnten. Der Abgeordnete Bamberger wird mir zugeben, daß mich nur eine Friedenstendenz zu meiner Rede geführt hat. Ich glaubte, daß wir dem Frieden nicht besser dienen, als wenn wir der Militärverwaltung ihre Forderung bewilligen. Der Abg. Bamberger hat in der Debatte von 1874 gesagt: — und ich wünschte, daß auch die große Majorität es beherzigen möge — „ich glaube, wir sollen so handeln, als wenn wir jeden Augenblick angegriffen werden könnten, und so sprechen, als ob wir nie angegriffen werden könnten." Das war die Tendenz meiner früheren Ausführungen; das ist die Tendenz des Votums, welches ich als ein bejahendes für die Regierungsvorlage abgeben werde. (Beifall.)

Darauf schließt die Generaldiskussion mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen.

Die Vertagung der Sitzung wird abgelehnt und sofort in die Spezialberathung eingetreten. Die §§ 1 und 2 werden ohne Debatte nach dem Beschlusse der zweiten Lesung genehmigt.

Zu § 3, der von der Uebungspflicht der Ersatzreserve I handelt, liegt ein Antrag des Zentrums vor, die Geistlichen der christlichen Kirchen und auch die jüdischen Religionsdiener von derselben zu befreien.

Abg. Baumgarten verlangt das Wort, um sich anscheinend gegen den Abg. v. Schorlemer-Alst zu vertheidigen; auf der Journalistentribüne ist aber, wie bei der zweiten Lesung, kein Wort des Redners zu verstehen; die Unruhe im Hause ist eine solche, daß der Präsident versichert, er könne trotz der Nähe des Redners, der vielleicht 5 Schritt vom Platze des Präsidenten steht, kein Wort verstehen.

Nachdem der Abg. Baumgarten seine Bemerkungen geschlossen, wird die Vertagung der Sitzung genehmigt.

Schluß $4\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Antrag Liebknecht wegen Sistirung des Strafverfahrens gegen den Abg. Wiemer; Fortsetzung der Debatte über das Militärgesetz; Flachszoll und Sozialistengesetz.)

Provinziallandtag des Großherzogthums Posen.

7. Plenarsitzung.

Posen, 15. April.

In der heutigen 7. Plenarsitzung erledigte der Provinziallandtag folgende Gegenstände:

1. Ueber die Petition der Stadt Janowitz um Bewilligung von 1129 M. zur Herstellung von in Folge Chausseebaus nothwendigen Rinnsteinen, sowie über eine Petitiondes Kreises Wirsitz zur Erstattung von an die Provinz bei Uebergabe der Chaussee für Fehlen der Chausseehäuser gezahlten 9000 Mark wird zur Tagesordnung übergegangen.
2. Zur Annahme der Langemeinde-Verfassung der Stadt Welnau, Kreis Gnesen, wird die Genehmigung ertheilt.
3. Auf die Vorlage in Betreff der anderweiten Regulirung der Erbfolge in den Bauerhöfen wird das Gutachten dahin abgegeben, daß in der Provinz Posen ein Bedürfniß dazu nicht hervorgetreten ist. Es ist hierbei zur Sprache gebracht worden, daß in einzelnen Gegenden der Provinz eine erhebliche Verringerung der leistungsfähigen bäuerlichen Wirthschaften stattgefunden hat. Deshalb wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche im Einvernehmen des Herrn Ober-Präsidenten die Gründe des Rückganges in Erwägung nimmt und wie auf gesetzlichem Wege diesem Nothstande eventuell abzuhelfen ist, dem nächsten Landtage Bericht zu erstatten hat.
4. Mehrere Gesuche um Ermäßigung der Pflegegelder für Irre, resp. Zahlung der Pflegegelder für dieselben aus Provinzialfonds wurden bewilligt.
5. In Abänderung der §§ 73 ad 3 und 78 des revidirten Reglements für die Provinzial-Feuer-Sozietät vom 9. September 1863 wurde eine Vorlage zur Erwirkung der Allerhöchsten Genehmigung beschlossen, dahin gehend, daß die Tantièmen der Kreis-Steuer-Rendanten für die Feuer-Sozietäts-Beiträge künftig bis 60,000 Mark mit 2 pCt. bis 120,000 Mark mit $1\frac{1}{2}$ pCt., über 120,000 Mark mit 1 pCt., und von außerordentlich auszuschreibenden Beiträgen mit 1 pCt., der Distrikts-Kommissarien und Ortsvorsteher mit je 1 pCt. künftig gezahlt und bei den Distrikts-Kommissarien den Maximalsatz von 200 Mark, bei den Bürgermeistern (mit Ausnahme von Posen und Bromberg) den Satz von 300 Mark und bei den Ortserhebern den Satz von 750 Mark nicht übersteigen dürfen.

   Von einem Abgeordneten ist der Antrag eingebracht und vom Landtage genehmigt, die Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direktion zu ersuchen, in Gemeinschaft der Provinzialständischen Kommission in Erwägung zu nehmen und dem nächsten Provinziallandtage eine Vorlage zu machen, in wie weit eine Verringerung der Verwaltungskosten ferner zu erzielen und durch Herstellung des früheren Verfahrens der Selbstanfertigung der Gebäudebeschreibung durch die Versicherungsnehmer, den Letzteren eine Ersparniß in den durch Zuziehung der jetzigen Schätzer entstehenden nicht unbedeutenden Kosten zu ermöglichen ist.
6. Mit der Vernichtung der Provinzial-Obligationen und Coupons 2c., welche zur Einlösung gekommen sind, ist die Provinzial-Hilfskasse betraut.
7. Es ist genehmigt, daß die Gewinne zu der für das Provinzial-Kriegerdenkmal veranstalteten Lotterie im Provinzial-Ständesaal Aufstellung finden jedoch wurde abgelehnt, aus Provinzialfonds hierzu eine Beihilfe zu gewähren.
8. Die Entscheidung über die künftige Benutzung des Ständehauses ist der provinzialständischen Verwaltungskommission übertragen und der Etat qu. Ständehauses auf 4500 M. jährlich in Einnahme und Ausgabe festgestellt.
9. Ueber die Rechnung von der Verwaltung der Provinzial-Hilfskasse pro 1876 bis 1877/78 ist Decharge ertheilt; desgleichen von der Verwaltung des Provinzial-Kommunal-Fonds pro 1877 bis 1877/78.
10. Aus dem von dem aufgelösten landschaftlichen Kreditvereins des Großherzogthums Posen den Provinzialständen zu wohlthätigen Zwecken zugewiesenen Fonds von 11,588 M. sind bewilligt worden als einmalige Unterstützung:
    a) dem Philippiner-Hospital 500 M.;
    b) der Elisabethstiftung für arme Wöchnerinnen 1000 M.
    c) der Genossenschaft der heiligen Elisabeth für ambulante Krankenpflege zur Vergrößerung des Stammvermögens 1000 M.
11. Eine Dankadresse an den als Abgeordneter ausgeschiedenen Herrn Athanasius von Radoński in Folge seiner hervorragenden Verdienste bei Errichtung der provinziellen Anstalten als langjähriges Mitglied der verschiedenen provinziellen Kommissionen ist beschlossen worden.

Nächste Plenarsitzung Freitags den 16. April cr., 9 Uhr Vormittags.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 15. April. Das hiesige Amtsblatt meldet, daß betreffs der Einführung einer neuen Rechtschreibung in den Schulen des Königreichs Sachsen eine definitive Bestimmung noch nicht getroffen ist, und daß jedenfalls, wenn es es sich bestimmt hierum handeln sollte, auch den Wünschen des Vereins deutscher Buchhändler in Leipzig entsprechend, dies in Uebereinstimmung mit den bezüglichen preußisch-baierischen Vorschlägen geschehen würde.

Petersburg, 15. April. Die Besserung im Befinden Ihrer Majestät der Kaiserin dauert mit geringen Schwankungen fort; der Schlaf und der Appetit sind ziemlich, die Kräfte nahezu wie früher.

Petersburg, 15. April. Im Befinden des Reichskanzlers Fürsten Gortschakoff ist keine wesentliche Aenderung eingetreten; der Schwächezustand ist der nämliche; während der Nacht und auch am Morgen stellte sich zeitweilig große Erregung, verbunden mit Hallucinationen, ein. Die Störungen in den Verdauungsorganen haben sich nicht wiederholt.

Charkow, 14. April. Das Militär-Kreisgericht hat den ehemaligen Lehrer Alexander Winogradoff wegen Verbreitung verbotener Schriften zum Zweck des Umsturzes der bestehenden Regierungsform zu einer 3monatlichen Gefängnißstrafe und Stellung unter Polizeiaufsicht auf 3 Jahre verurtheilt.

Triest, 15. April. Der Lloyddampfer „Urano" ist heute Nachmittag $2\frac{1}{2}$ Uhr aus Konstantinopel hier angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 15. April. (Schluß-Course.) Fest.

Lond. Wechsel 20,475. Pariser do. 81,00. Wiener do. 170,52. K.-M.-St.-A. $146\frac{5}{8}$. Rheinische do. $158\frac{7}{8}$. Hess. Ludwigsb. $103\frac{1}{4}$. K.-M.-Pr.-Anth. $133\frac{3}{8}$. Reichsanl. $99\frac{3}{4}$. Reichsbank $149\frac{1}{3}$. Darmstb. $146\frac{1}{2}$. Meininger B. $96\frac{1}{2}$. Oest.-ung. Bk. 718 00. Kreditaktien*) 244. Silberrente $63\frac{1}{8}$. Papierrente $62\frac{1}{8}$. Goldrente $76\frac{1}{8}$. Ung. Goldrente $90\frac{5}{8}$. 1860er Loose $124\frac{1}{2}$. 1864er Loose 312,20. Ung. Staatsl. 215,00. do. Ostb.-Obl. II. $84\frac{1}{2}$. Böhm. Westbahn $193\frac{1}{2}$. Elisabethb. $162\frac{3}{4}$. Nordwestb. $141\frac{3}{4}$. Galizier $226\frac{3}{4}$. Franzosen*) $238\frac{1}{2}$. Lombarden*) $70\frac{1}{2}$. Italiener —. 1877er Russen $90\frac{5}{8}$. II. Orientanl. $60\frac{3}{4}$. Zentr.-Pacific $109\frac{7}{8}$. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse Kreditaktien $242\frac{3}{4}$, Franzosen $238\frac{1}{2}$, Galizier $226\frac{3}{4}$, ungarische Goldrente $90\frac{1}{8}$, II. Orientanleihe $60\frac{3}{8}$, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden 69, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 15. April. (Schluß-Course.) Unbelebt, Kreditaktien fest, andere Spekulationspapiere behauptet, Renten schwerfällig, Valuten sehr steif.

Papierrente 73,50. Silberrente 73,90. Oesterr. Goldrente 89,70, Ungarische Goldrente 106,10. 1854er Loose 124,20. 1860er Loose 130,50. 1864er Loose 174,00. Kreditloose 178,00. Ungar. Prämienl. 113,80. Kreditaktien 286,00. Franzosen 280,00. Lombarden 82,50. Galizier 265,75. Kasch.-Oderb. 128,50. Pardubitzer 131,25, Nordwestbahn 166,50. Elisabethbahn 190,20. Nordbahn 2465,00. Oesterreich-ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 110,80. Anglo-Austr. 153,25. Wiener Bankverein 142,70. Ungar. Kredit 272,75, Deutsche Plätze 58,10. Londoner Wechsel 119,15. Pariser do. 47,20, Amsterdamer do. 98,45. Napoleons 9,49. Dukaten 5,60. Silber 100,00. Marknoten 58,65. Russische Banknoten $1,25\frac{3}{4}$. Lemberg-Czernowitz 170,50.

Wien, 15. April. Abendbörse. Kreditaktien 285,00, Franzosen 278,50, Galizier 265,00, Anglo-Austr. 153,25, Lombarden 81,50, Papierrente 73,25, österr. Goldrente 89,40, ungar. Goldrente 105,75, Marknoten 58,65, Napoleons 9,49, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —,—. Nordbahn —,—. Matt.

Paris, 15. April. (Schluß-Course.) Weichend.

3proz. amortisirb. Rente 85,10, 3proz. Rente 83,55, Anleihe de 1872 119,15, Ital. 5proz. Rente 84,15, Oesterr. Goldrente $75\frac{5}{8}$, Ung. Goldrente $90\frac{7}{8}$, Russen de 1877 93, Franzosen 595,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 183,75, Lombard. Prioritäten 271,00, Türken de 1865 10,80, 5proz. rumänische Anleihe 75,50.

Credit mobilier 695, Spanier exter. $17\frac{1}{8}$, do. inter. $15\frac{5}{8}$, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 542, Societe generale 567, Credit foncier 1190, Egypter 311. Banque de Paris 983, Banque d'escompte 821, Banque hypothecaire 626, III. Orientanleihe $62\frac{1}{8}$, Türkenloose 37,50, Londoner Wechsel $25,27\frac{1}{2}$.

Florenz, 15. April. 5 pCt. Italienische Rente 92,22, Gold 21,87.

Newyork, 14. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11⅝, do. in New-Orleans 12. Petroleum in Newyork 7⅞ Gd., do. in Philadelphia 7⅞ Gd., rohes Petroleum 6⅝, do. Pipe line Certificats — D 73 C. Mehl 4 D. 90 C. Rother Winterweizen 1 D 36 C. Mais (old mixed) 53 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅝. Kaffee (Rio-) 14⅝. Schmalz (Marke Wilcox) 7¾, do. Fairbanks 7¾. do. Rohe & Brothers 7$\frac{1}{16}$. Speck (short clear) 7 C. Getreidefracht 5.

Produkten-Börse.

Berlin, 15. April. Weizen per 1000 Kilo loko 200—235 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Märkischer — Mk. ab Bahn bezahlt, per April — bez., per April-Mai 213½—215½ bezahlt, per Mai-Juni 211½—213½ bezahlt, per Juni-Juli 207½—209½ bezahlt, per Juli-August 201—201½ bez., per Sep.-Oktober 196—196½ M. bezahlt. Gekündigt 17000 Zentner. Regulirungspreis 113½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 162—176 M. nach Qualität gefordert. Russ. 164½—4 a. B. bez.. inländ. 171—3 ab Bahn bez., Hochfein 174½ M. ab B. bez., feiner — M. ab Bahn bezahlt, per April 164—2½—3½ bez., per April-Mai 164—2½—3½ bez., per Mai-Juni 159½—58—59 bez., per Juni-Juli 156½—55—56 Mark bezahlt, per Juli-Aug. 151½—50½—1½ bez. per Aug.-Sep. — bez., per September-Oktober 149½—8—9 bezahlt. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — M. bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 nach Qualität geford. — Hafer per 1000 Kilo loko 145—165 nach Qualität gefordert, Russischer 145 bis 155 bezahlt, Pommerscher 155—159 bez., Ost- und Westpreußischer 152—156 bez., Schlesischer 155—159 bez., Böhmischer 155 bis 159 bez., Galizischer — bez., per April — M. bez., per April-Mai 142 Mark bez., per Mai-Juni 143½—3 bez., per Juni-Juli 144½—4 bez., per Juli-August 142 bez., per August-Sept. — B., per September-Oktober 139 bezahlt. Gekündigt 5000 Ztr. Regulirungspreis 142 M. bezahlt.— Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 170 bis 205 Mk., Futterwaare 160 bis 168 M. — Mais per 1000 Kilo loko 146—148 bezahlt nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer — ab Kahn bezahlt. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,00—29,50 M., 0: 29,50—28,50 M., 0/1: 28,50—26,50 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,25 bis 24,25 M., 0/1: 24,00 bis 23,00 M., per April 22,30—22,35 bezahlt, per April-Mai 22,30—22,35 bez., per Mai-Juni 22,10—22,30 bezahlt, per Juni-Juli 22,00—22,10 bezahlt, per Juli-August 21,90—22,00 bez. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps 235 bis 244 M., per September-Oktober — bez., per November-Dezember — bez. Winterrübsen 230—240 M., per S./O. — bezahlt, per N./D. — bezahlt. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 51,0 bez., flüssig — M., mit Faß 51,3 M., per April 51,4—1 M. bez., per April-Mai 51,4—51,1 M. bez., per Mai-Juni 51,5—51,3 bez., per Juni-Juli 52,2—52,1 bez., per Juli-August 53,1—53,0 bez., per August-Sept. — bezahlt, Sept.-Okt. 54,6—54,4 bez., per Novbr.-Dezember — bez. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — M. bezahlt. — Leinöl per 100 Kilo loko 65 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,0 M., per April 24,0 bezahlt, per April-Mai 23,0 bezahlt, per Mai-Juni — M., per Juni-Juli — M., per Sept.-Oktober 24,8—24,7 bez. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 60,2—60,5 bezahlt, per März-April 59,8 bis 59,6—59,9 bezahlt, per April-Mai 59,8—59,6—59,9 bezahlt, per Mai-Juni 59,9—59,6—60,0 bezahlt, per Juni-Juli 60,8—60,5—60,8 bezahlt, per Juli-August 61,7—61,3—61,7 bezahlt, per August-September 61,7—61,3—61,7 bezahlt, per September-Oktober 57,4—57,1—57,4 bez. Gekündigt 10,000 Liter. Regulirungspreis 59,7 bez. (B. B.-Z.)

Stettin, 15. April. (An der Börse.) Wetter: Schön + 14 Grad R. Barometer 28,2. Wind: West.

Weizen niedriger, per 1000 Kilo loko gelber inländ. 204—210 M., weißer 206—212 Mk., per Frühjahr 270 Mk. bez., per Mai-Juni 206 bis 205—205,5 Mk. bez., per Juni-Juli do., per Juli-August 204 M. bez. pr. September-Oktober 196—195 M. bez. — Roggen per Frühjahr wenig verändert, andere Termine weichend, per 1000 Kilo loko inländischer 164—168 M., russischer 161—167 M., per Frühjahr 161,5—160,5 bis 161 Mk. bez., per Mai-Juni 155,5—153,5—154,5 Mk. bez., per Juni-Juli 151,5 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 147,5—146,5 Mk. bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco feine Brau- 165—170 M., Oderbruch 160—164 M. — Hafer flau, per 1000 Kilo loco inländischer 140—145 M., feiner Pommerscher 146 bis 148 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterrübsen flau, per 1000 Kilo loko per April-Mai 235 Mk. Br., per September-Oktober 247 Mk. Br. — Rüböl matt, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 53,5 Mk. Br., per April-Mai 52 Mk. bez. u. Br, per Mai — Mk. Br., per Juni-Juli — Mk. Br., per September-Oktober 54,75 M. Br. — Spiritus niedriger, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 59,8 Mk. bez., per Frühjahr 59,5 Mk. bez., per Mai-Juni 59,7 bis 59,6 Mk. bez., per Juni-Juli 60,4 Mk. bez., per Juli-August 61 M. bez., per August-September 61,2—61 Mk. bez., per September-Oktober 57 Mk. bez. Angemeldet: 4000 Ctnr. Weizen, 1000 Ctnr. Roggen, 10,000 Liter Spiritus. Regulirungspreise: Weizen 207 Mk., Roggen 161 Mk., Rüböl 52 Mk., Spiritus 59,5 Mk. — Petroleum loko 8,5 Mk. transf. bez., Regulirungspreis 8,5 M. (Ostsee-Ztg.)

Berlin, 15. April. Der Eröffnung des heutigen Geschäfts fehlte Anregung fast ganz; die Umsätze waren auf einzelnen Gebieten so geringfügig, daß es schwer hielt, eine bestimmte Tendenz zu ermitteln und selbst die Charakterisirung der Haltung im Allgemeinen schwankte zwischen fest und schwach. Vorzugsweise kennzeichnete tiefe Stille das gesammte Geschäft. Nur Diskonto-Kommandit-Antheile konnten auf Deckungen eine Besserung durchsetzen, welche aber auch nur geringfügig war und sofort starken Schwankungen unterlag. Laurahütte büßte 2½, Dortmunder Union 1 pCt. ein, weil die Berichte aus der Eisenindustrie andauernd ungünstig lauten; Kredit- und andere Bankaktien litten unter der allgemeinen Schwäche; der Eisenbahn-Aktienmarkt war im Ganzen recht still und die Kourse wenig verändert. Rumänier ermatteten, weil die Spekulation durch die Verlängerung der Frist für den Umtausch verstimmt sein wollte. Oesterreichische und ungarische Renten lagen bei großer Vernachlässigung auf Wiener Meldungen eher matt. Dagegen waren russische Anleihen, namentlich auf Gold lautende, aber auch russische Noten ziemlich fest. Besondere Beachtung wandte die Spekulation auch heute wieder den Stamm-Prioritäten zu, für deren Verzinsung man eine weitere Besserung erwartet. Doch waren Halle-Sorau-Gubener Anfangs stark angeboten, angeblich von betheiligter Seite. Bank-Aktien lagen still, Industriewerthe ruhig. Anlage-Papiere fanden bei fester Haltung regelmäßige Nachfrage. — Ausländische Eisenbahn-Obligationen, namentlich russische Pfundstücke und auch österreichisch-ungarische Gold-Prioritäten werden am meisten beachtet. — Gegen die Mitte der Börsenzeit vollzog sich ein vollständiger Umschwung; die Haltung ward im Allgemeinen fest, und die Kourse der leitenden Papiere hoben sich, namentlich zogen Diskonto-Kommandit-Antheile, Kredit-Aktien und Laurahütte an. Halle-Sorau-Gubener Stamm-Prioritäten blieben schwach, weil in der gestrigen Aufsichtsrathssitzung die Zahlung der Dividende überhaupt beanstandet worden ist. — Per Ultimo notirte man: Franzosen 475,50—479,50, Lombarden 141, Kreditaktien 486,50—5—489,50, Diskonto-Kommandit-Antheile 173,50—175,50. Der Schluß war ziemlich schwach.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15. April 1880.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Papier	Zf.	Kurs
Consol. Anleihe	4½	106,00 B
do. neue 1876	4	99,70 bz
Staats-Anleihe	4	99,75 B
Staats-Schuldsch.	3½	96,25 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	102,00 bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	104,00 B
do. do.	3½	94,00 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	102,20 bz
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	103,90 bz
do.	5	108,00 G
Landsch. Central	4	99,30 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	
do. neue	3½	91,00 G
do.	4	100,10 bz
do. neue	4½	102,80 bz
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	90,80 bz
do.	4	99,20 bz
do.	4½	101,25 bz
Pommersche	3½	90,60 bz
do.	4	100,10 B
do.	4½	101,75 G
Posensche, neue	4	99,40 G
Sächsische	4	
Schlesische altl.	3½	91,40 G
do. alte A. u. C.	4½	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,60 bz
do.	4	99,20 G
do.	4½	100,60 bz
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	102,60 G
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,30 bz
Pommersche	4	
Posensche	4	100,30 B
Preußische	4	99,90 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	100,10 bz
Sächsische	4	100,20 bz
Schlesische	4	100,30 G
Souvereignes		20,38 G
20-Franksstücke		16,22 G
do. 500 Gr.		
Dollars		4,24 G
Imperials		16,67 G
do. 500 Gr.		1394,00 bz G
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,95 bz
Oesterr. Banknot.		170,80 bz
do. Silbergulden		171,00 G
Russ. Noten 100 Rbl.		215,00 bz
Deutsche Fonds.		
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	143,75 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	282,00 B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,80 G
do. 35 fl. Obligat.	—	174,50 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	134,50 G
Braunschw. 20thl.-L	—	97,30 bz G
Brem. Anl. v. 1874	4	98,30 bz
Cöln.-Md.-Pr.Anl.	3½	133,30 bz
Deff. St. Pr.-Anl.	3½	126,00 bz G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	119,75 G
do. II. Abth.	5	117,90 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	188,50 B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	186,25 B
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	91,50 bz
Meininger Loose	—	26,90 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	124,00 G
Oldenburger Loose	3	155,90 B
D.-G.-C.-B.-Pf110	5	107,00 bz B
do. do.	4½	102,75 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	103,10 G
do. do.	4½	100,90 bz G
Mein. Hyp.-Pf.	5	
Nrdd. Grdcr.-H.-A.	5	100,50 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	100,50 bz G

Papier	Zf.	Kurs
Pomm. H.-B. l. 120	5	106,00 bz B
do. II. IV. 110	5	102,20 B
Pomm. III. rkz. 100	5	99,50 G
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	107,90 bz
do. do. 100	5	102,50 G
do. do. 115	4½	105,40 bz G
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	100,60 G
do. unk. rückz. 110	5	112,75 bz
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,50 G
do. do. 110	5	105,50 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	104,90 G
do. do.	4½	104,00 bz B
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,75 B
do. do.	4½	100,00 bz G
Kruppsche Obligat.	5	107,50 bz

Ausländische Fonds.

Papier	Zf.	Kurs
Amerik. rckz. 1881	6	100,50 bz G
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,70 bz G
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	116,60 bz
Oesterr. Goldrente	4	76,50 bz B
do. Pap.-Rente	4⅕	62,60 G
do. Silber-Rente	4⅕	63,00 bz B
do. 250 fl. 1854	4	114,25 bz
do. Cr. 100 fl. 1858	—	334,50 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,80 bz
do. do. v. 1864	—	314,50 bz
Ungar. Goldrente	6	90,50 bz
do. St.-Eisb.Akt.	5	88,90 bz
do. Loose	—	
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	83,75 bz G
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	108,50 B
Finnische Loose	—	50,40 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,50 bz
do Engl. A. 1822	5	85,90 bz
do. do. A. v. 1862	5	87,60 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	88,40 bz
Russ. cons. A. 1871	5	88,50 bz
do. do. 1872	5	88,50 bz
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	90,40 bz
do. Boden-Credit	5	80,00 bz B
do. Pr.-A. v. 1864	5	152,10 bz
do. do. v. 1866	5	149,20 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	62,25 bz
do. 6. do. do.	5	84,50 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,00 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	57,10 bz G
Türk. Anl. v. 1865	5	10,80 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	30,00 G

*) Wechsel-Course.

Wechsel	Kurs
Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,30 bz
do. 100 fl. 2 M.	168,55 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,465 bz
do. do. 3 M.	20,325 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,90 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,60 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	170,30 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	214,30 bz
do. 100 R. 3 M.	213,35 bz
Warschau 100 R 8 T.	214,70 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 2½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Papier	Zf.	Kurs
Badische Bank	4	106,25 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	44,60 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	50,25 bz G
Berl. Handels-Ges.	4	106,00 bz G
do. Kassen-Verein.	4	172,50 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	92,50 bz G
Centralbk. f. B.	4	15,75 B
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	89,30 B
Cöln. Wechslerbank	4	95,25 bz G
Danziger Privatb.	4	113,50 G
Darmstädter Bank	4	146,60 bz
do. Zettelbank	4	106,10 G
Dessauer Creditb.	4	
do. Landesbank	4	119,25 G
Deutsche Bank	4	139,25 G
do. Genossensch.	4	111,50 bz G
do. Hyp.-Bank.	4	92,75 G
do. Reichsbank.	4½	149,20 bz
Disconto-Comm.	4	175,10 bz G
Geraer Bank	4	86,75 bz G
do. Handelsb.	4	58,60 G
Gothaer Privatbk.	4	102,50 B
do. Grundkredb.	4	88,00 bz G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	97,90 bz
Leipziger Creditb.	4	148,25 bz G
do. Discontob.	4	94,00 bz B
Magdeb. Privatb.	4	113,75 bz
Mecklb. Bodencred.	fr.	64,00 G
do. Hypoth.-B.	4	75,90 bz
Meining. Creditbk.	4	95,10 bz G
do. Hypothekenbk.	4	91,50 bz G
Niederlausitzer Bank	4	98,25 G
Norddeutsche Bank	4	160,00 G
Nordd. Grundkredit	4	56,75 bz G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	102,00 B
Posen. Landwirthsch	4	67,00 G
Posener Prov.-Bank	4	111,50 G
Posener Spritaktien	4	48,75 bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	92,50 bz G
do. Centralbdn.	4	128,75 B
do. Hyp.-Spielh.	4	101,25 B
Produkt.-Handelsbk	4	79,40 bz
Sächsische Bank	4	119,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	98,00 bz B
Schles. Bankverein	4	104,90 G
Südd. Bodenkredit	4	131,25 bz G

Industrie-Aktien.

Papier	Zf.	Kurs
Brauerei Patzenhof.	4	134,50 bz
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugesf.	4	67,00 bz
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	5,10 bz
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	60,50 bz G
Dortmunder Union	4	13,00 bz G
Egells Masch.-Akt.	4	35,75 bz
Erdmannsd. Spinn.	4	42,50 G
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	59,00 G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	127,00 bz G
Georg-Marienhütte	4	107,75 bz G
Hibernia u. Shamr.	4	92,00 bz G
Immobilien (Berl.)	4	84,00 G
Kramsta, Leinen-F.	4	97,90 bz
Lauchhammer	4	44,00 bz G
Laurahütte	4	122,00 bz G
Luise Tiefb.-Bergw.	4	63,50 bz G
Magdeburg. Bergw.	4	130,00 bz G
Marienhüt. Bergw.	4	75,00 G
Menden u. Schw. B.	4	96,00 B
Oberschl. Eis.-Bed.	4	65,50 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	84,00 bz
Phönix B.-A. Lit. B.	4	51,75 bz B
Redenhütte cons.	4	192,00 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	92,00 bz G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	27,75 B
Unter den Linden	4	8,25 B
Wöhlert Maschinen	4	30,00 bz G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Papier	Zf.	Kurs
Aachen-Mastricht	4	32,90 bz G
Altona-Kiel	4	150,10 bz G
Bergisch-Märkische	4	106,30 bz
Berlin-Anhalt	4	118,40 bz G
Berlin-Dresden	4	19,00 bz G
Berlin-Görlitz	4	26,60 bz
Berlin-Hamburg	4	208,00 bz
Brl.-Potsd.-Magd.	4	100,00 bz G
Berlin-Stettin	4¾	114,75 bz G
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	109,20 bz
Cöln-Minden	6	146,70 bz G
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	24,90 bz B
Hann.-Altenbeken	4	
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	30,75 bz
Magd.-Halberstadt	4	146,50 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	100,00 G
Niederschl.-Märk.	4	99,90 bz
Nordhausen-Erfurt	4	27,00 bz G
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	185,75 bz
do. Lit. B.	3½	151,25 bz
do. Lit. C.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	59,25 bz B
Rechte Oderuferb.	4	142,50 bz
Rheinische	4	158,80 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,20 B
Rhein-Nahebahn	4	14,80 bz
Stargard-Posen	4½	102,90 bz G
Thüringische	4	159,50 bz G
do. Lit. B. v. St. gar.	4	98,75 bz G
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	105,25 bz G
Weimar-Geraer	4½	53,70 bz
Albrechtsbahn	5	26,75 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	122,25 bz B
Aussig-Teplitz	4	201,00 bz
Böhm. Westbahn	5	97,00 bz B
Brest-Grajewo	5	
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	68,10 bz
Elisabeth-Westbahn	5	81,25 bz
Kais. Franz Joseph	5	72,75 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	113,75 bz
Gotthard-Bahn	6	57,10 bz B
Kaschau-Oderberg	5	54,90 bz B
Ludwigsh.-Berbach	4	199,25 G
Lüttich-Limburg	4	16,75 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	103,50 bz
Oberhess. v. St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	284,80 bz
do. Litt. B.	5	275,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	56,50 bz G
Kronpr. Rud.-Bahn	5	69,30 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	55,00 bz G
Russ. Staatsbahn	5	144,90 bz
Schweizer Unionb.	4	24,00 bz B
Schweizer Westbahn	4	20,10 bz G
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	76,75 G
Vorarlberger	5	70,80 G
Warschau-Wien	4	250,10 bz
Rechte Oderuf. Bahn	5	140,90 bz G
Rumänische	8	120,25 bz G
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	83,25 G
Weimar-Geraer	5	37,00 bz G

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Papier	Zf.	Kurs
Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	48,00 bz G
Berlin-Görlitzer	5	83,25 bz G
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	84,50 bz
Hannover-Altenbek.	5	
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	101,70 G
Magd.-Halberst. B.	3½	88,50 bz G
do. do. C.	5	101,40 bz G
Marienb.-Mlawka	5	91,40 bz B
Nordhausen-Erfurt	5	95,25 bz G
Oberlausitzer	5	46,00 bz B
Ostpreuß. Südbahn	5	99,70 bz
Posen-Creuzburg	5	74,75 bz G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Papier	Zf.	Kurs
Aach.-Mastricht	4½	101,50 B
do. do. II.	5	102,75 B
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	102,75 G
do. II.	4½	102,75 G
do. III. v. St. g.	3½	91,40 bz B
do. do. Litt. B.	3½	91,40 bz B
do. do. Litt. C.	3½	88,10 G
do. IV.	4½	103,00 G
do. V.	4½	103,00 G
do VI.	4½	103,90 bz G
do. VII.	4½	103,10 bz G
Aachen-Düsseldf. I.	4	99,00 bz G
do. do. II.	4	99,00 bz G
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	99,00 G
do. do. II.	4½	102,00 B
do. Dortm.-Soest	4	98,90 B
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	102,40 bz G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	102,40 G
do. Litt. B.	4½	102,40 G
Berlin-Görlitz	5	102,75 G
do. do. Litt. B.	4½	101,60 B
Berlin-Hamburg	4	99,30 G
do. do. II.	4	99,30 G
do. do. III.	5	102,50 bz G
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	99,30 G
do. do. C.	4	99,30 G
do. do. D.	4½	101,50 G
do. do. E.	4½	101,10 G
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	99,25 bz G
do. do. III.	4	99,25 bz G
do. IV. v. St. g.	4½	100,20 G
do. VI. do.	4	99,25 bz G
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	102,90 bz B
do. do. Litt. I.	4½	102,90 bz B
do. do. 1876	5	105,90 B
Cöln-Minden IV.	4	99,40 G
do. do. V.	4	99,40 G
do. do. VI.	4½	101,00 G
Halle-Sorau-Guben	4½	104,50 G
do. do. C.	4½	104,50 G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	100,20 G
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,75 B
Magd.-Halberstadt	4½	101,00 bz G
do. do. de 1865	4½	101,00 bz G
do. do. de 1873	4½	101,00 bz G
do. Leipz. A.	4½	102,25 G
do. do. B.	4	99,25 B
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	99,50 bz G
do. II. a 62½ thlr.	4	99,00 G
do. Obl. I. u. II.	4	99,50 G
do. do. III conv.	4	99,25 bz B
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	99,00 G
do. E.	3½	91,70 G
do. F.	4½	103,25 B
do. G.	4½	103,00 G
do. H.	4½	103,10 G
do. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	99,50 bz
Oberschles. v. 1874	4½	103,25 B
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	99,25 B
do. do. II.	4½	103,00 B
do. do. III.	4½	103,00 B
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,00 G
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,50 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,00 bz
do. v. 1862, 64	4½	102,00 bz
do. v. 1865	4½	102,00 bz
do. 1869, 71, 73	4½	102,00 bz
do. v. 1874,	5	101,10 G
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	104,00 B
do. II. do.	4½	104,00 B
Schlesw.-Holstein	4½	102,00 bz
Thüringer I.	4	100,00 B
do. II.	4½	
do. III.	4	100,00 B
do. IV.	4½	103,00 B
do. VI.	4½	103,20 bz

Ausländische Prioritäten.

Papier	Zf.	Kurs
Elisabeth-Westbahn	5	86,10 G
Gal. Karl-Ludwig I.	5	91,40 G
do. do. II.	5	89,10 bz
do. do. III.	5	88,75 bz B
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I.	5	76,70 bz G
do. II.	5	80,50 bz G
do. III.	5	76,00 bz G
do. IV.	5	74,50 bz G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	30,25 bz G
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	378,00 bz
do. Ergänzsb.	3	358,30 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,75 G
do. II. Em.	5	104,75 G
Oesterr. Nordwest.	5	86,60 G
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	84,10 bz G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	76,00 bz G
Kronpr. Rud.-Bahn	5	80,80 bz
do. do. 1869	5	80,00 bz G
do. do. 1872	5	79,70 bz G
Rab-Graz Pr.-A.	4	92,90 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	80,00 bz G
Südösterr. (Lomb.)	3	270,60 bz
do. do. neue	3	270,60 bz
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	96,80 G
Brest-Grajewo	5	87,75 bz
Charkow-Asow g.	5	93,50 bz G
do. in Lstr. a 20 40	5	
Chark.-Krementsch.	5	90,50 bz
Jelez-Orel, gar.	5	93,40 bz
Koslow-Woron. gar	5	96,80 G
Koslow-Woron, Ob.	5	81,40 G
Kursk-Chark. gar.	5	93,50 bz B
K.-Chark-As. (Obl.)	5	
Kursk-Kiew, gar.	5	98,30 bz
Losowo-Sewast.	5	81,40 B
Mosko-Rjäsan	5	103,00 G
Mosk.-Smolensk	5	95,00 bz B
Schuja-Ivanow.	5	
Warschau-Teresp.	5	95,90 bz G
do. kleine	5	96,00 bz
Warschau-Wien II.	5	102,50 bz G
do. III.	5	101,40 bz G
do. IV.	5	100,25 bz B
Zarskoe-Selo	5	76,30 G

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.